

BURGENLÄNDISCHE HEIMATBLÄTTER

Herausgegeben vom Amt der Burgenländischen Landesregierung,
Landesarchiv — Landesbibliothek und Landesmuseum

32. Jahrgang

Eisenstadt 1970

Heft Nr. 3

Zur Burgenlandfrage von Saint-Germain bis Venedig

(10. Sept. 1919 — 11. Okt. 1921)

Von Gerald Schlag, Eisenstadt

Am 10. September 1919 unterzeichnete Staatskanzler Dr. Karl Renner den Friedensvertrag Saint-Germain. So hart und schwer die Bedingungen dieses Vertrages für die eben geschaffene Republik Österreich auch waren, einen Lichtblick gab es doch: die Gewinnung des Burgenlandes. Der Artikel 27/5 des Vertrages von Saint-Germain, der die Grenze Österreichs gegen Ungarn bezeichnete, brachte einen breiten, von ca. 250.000 Deutschen bewohnten Gebietsstreifen von den westungarischen Komitaten Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg an die junge Republik.

Während man in Österreich die Angliederung des Burgenlandes mit größter Freude und Genugtuung begrüßte, war für Ungarn die Entscheidung der Alliierten Mächte in Paris niederschmetternd. Von all den riesigen Verlusten, die das stolze Reich der Heiligen Stephanskrone zu erleiden drohte, empfand man den Verlust Westungarns an Österreich als besonders katastrophal, ja als entwürdigend. Denn, daß sich auch Österreich, mit dem man Jahrhunderte einen gemeinsamen Weg gegangen war, an der „Beraubung Ungarns“ beteiligte, empfanden die Magyaren als höchste Infamie. Die überschäumenden Emotionen „über das schreiende Unrecht“ ließen keinen Raum für rationale Erwägungen.

Aber Ungarn war gerade in den August- und Septembertagen 1919 am Tiefpunkt seiner Macht. Als die Entscheidung der Entente über Westungarn bekannt wurde, lag die Räterepublik schon in den letzten Zügen. Dies zeigte sich deutlich der Sitzung der Räteregierung vom 21. Juli, in der zwar Béla Kun stürmisch forderte, den Österreichern nicht eine Handbreit Boden zu überlassen, man aber einsehen mußte, daß es völlig sinnlos gewesen wäre, wegen Westungarn Front gegen Österreich zu machen, wo man auf Befehl der Entente schon rein magyarische Gebiete geräumt hatte, wie Jenő Varga, der Präsident des Volkswirtschaftsrates, betonte¹. Wenige Tage später, am 28. Juli, durchbrachen die rumänischen Truppen die ungarische Theißfront und befanden

1 Vgl. Gyula, Katalin: Die Westungarische Frage nach dem Ersten Weltkrieg. In: Österr. Osthefte. 8. Jg. (1966) Seite 93.

sich in zügigem Vormarsch auf Budapest. Die ungarische Rote Armee befand sich in vollständiger Auflösung. Die Räteregierung übergab am 1. August der gemäßigten sozialdemokratischen Regierung Peidl die Regierungsgewalt. Am 4. August marschierten die Rumänen in Budapest ein, das sie bis 14. November besetzt hielten. Sowohl die Regierung Peidl als auch die nachfolgende rechtsstehende Regierung Stefan Friedrich waren mit der Konsolidierung der inneren Verhältnisse viel zu sehr beschäftigt, um gegen die Abtretung des Burgenlandes Schritte unternehmen zu können. Budapest war auch noch immer außenpolitisch isoliert.

Erst am 23. November 1919 kündigte Sir George Clark Namen des Obersten Rates in Paris die vorläufige Anerkennung der Regierung Huszár an, die sich auf eine Koalition rechtsgerichteter Gruppen stützte. Gleichzeitig erklärte sich der Oberste Rat zu Verhandlungen mit Budapest bereit. Am 1. Dezember wurde die ungarische Regierung eingeladen, Delegierte mit den nötigen Vollmachten zum Abschluß des Friedens mit den Alliierten und Assoziierten Mächten nach Paris zu entsenden. Am 7. Jänner 1920 bezogen die ungarischen Delegierten das Château de Madrid im Pariser Vorort Neuilly und am 15. desselben Monats nahmen sie den Text der Friedensbedingungen in Empfang, die in der Frage Burgenland die bereits in Saint-Germain festgesetzten Bestimmungen wiederholten.

Während nun in den nächsten Monaten in Paris ein zähes Ringen mit offiziellen Noten und Memoranden um die Abänderung bzw. Beibehaltung der Friedensbestimmungen begann, versuchte Ungarn in Geheimverhandlungen, denen sich Wellen der Niedergeschlagenheit mit solchen der Hoffnung überschlugen, das drohende Unheil abzuwehren. Immer mehr wurde dabei die Burgenlandfrage zum zentralen Thema, denn man empfand den Verlust Deutschwestungarns nicht nur besonders schmerzlich, sondern erkannte auch klar, daß man gerade in dieser Frage die „Fessel von Trianon“, wie es bald heißen sollte, am ehesten durchbrechen konnte, da Österreich ganz deutlich der schwächste aller Gegner war. Der deutsche Generalkonsul in Budapest, Graf Egon Franz von Fürstenberg-Stammheim, der die Frage der westungarischen Deutschen besonders aufmerksam verfolgte, schrieb darüber: „Offenbar mißgönnt man den Österreichern diesen Zuwachs umso mehr, als man Österreich für noch schwächer als Ungarn hält. Deshalb glaubt man auch, daß Österreich nicht imstande sein werde, sich das ihm von der Friedenskonferenz zugesprochene Gebiet aus eigener Kraft zu nehmen, daß aber die Entente sich nicht bis zum Äußersten für Österreich einsetzen werde. Diese Erwägung erweckt in Ungarn die Hoffnung, daß sie Deutsch-Westungarn schließlich doch noch behalten können“².

Um die Jahreswende 1919/20 standen die Chancen Ungarns tatsächlich nicht mehr so schlecht, denn im Ringen um die politische Neuorientierung der Nachfolgestaaten reichten zwei Mächte Budapest die Hand: Frankreich und überraschenderweise Italien.

Italien war vom Ausgang der Friedensverhandlungen in Paris enttäuscht. Es hatte so manches nicht erhalten, was ihm 1915 (Londoner Vertrag) und 1917

² Archiv des Deutschen Außenamtes (Bonn). Österreich 92, Nr. 1, Bd. 29. Aufzeichnungen v. 22. 10. 1919. (Zit. nach Schmidt-Wulfen: Deutschland-Ungarn 1918—1933. Diss. Wien 1969).

(Abkommen von St. Jean de Maurienne) von den Westmächten zugesagt worden war, sodaß in nationalistischen Kreisen bald das geflügelte Wort vom „gewonnenen Krieg“ und vom „verlorenen Frieden“ kursierte. Italiens sehnlichster Wunsch nach einer „italienischen Adria“ war nicht in Erfüllung gegangen, denn an der Dalmatinischen Küste saß das neue „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“. Der Konflikt um Fiume im Herbst 1919 verdeutlichte exemplarisch die unkonsolidierten politischen Verhältnisse in diesem Raum. Rom begann nach Verbündeten zu suchen, und Ungarn, das ebenfalls mit Jugoslawien in Fehde lag, bot sich als natürlicher Partner an.

Es war gerade die Westungarische Frage, genau genommen der tschechische „Korridorplan“, der Italien bewog, den ersten Schritt in Richtung dieses Zieles zu tun. Der tschechoslowakische Außenminister Benesch entwickelte im Frühjahr 1919 in einer an die Friedenskonferenz gerichteten Denkschrift den Plan eines slawischen Korridors in Westungarn. Dieser sollte, gestützt auf die kroatischen Sprachinseln dieses Gebietes einen unmittelbaren territorialen Zusammenhang zwischen Tschechen und Südslawen bringen und der ČSR gleichzeitig einen direkten Zugang zum Meer eröffnen. Italien sah in diesem Projekt eine Stärkung des slawischen Einflusses in der Adriafrage und war sofort bemüht, den Plan zu durchkreuzen. So kam es, daß sich Italien, als in der ersten Juniwoche 1919 im „Rat der Fünf“ in Paris die Grenzziehung im westungarischen Raum erörtert wurde, sofort mit Vehemenz an die Seite Ungarns stellte und an der Beibehaltung der alten Grenze von 1867 beharrte³. Gleichzeitig demonstrierte Rom seine Sympathien für Ungarn dadurch, daß es, zum Unterschied zu den anderen Entente-mächten, seinen Vertreter bei der Interalliierten Waffenstillstandskommission in Budapest, Oberstleutnant Guido Romanelli, auch während der Räterediktatur dort beließ⁴ und auch bei der Gegenregierung in Szeged ihren Vertreter hatte.

Als Budapest nach Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse im Dezember 1919 seine außenpolitischen Fühler auszustrecken begann, bot Rom sofort seine Hilfe an. Die italienischen Vertreter in Budapest, Vittorio Cerruti und General Ernesto Mombelli, betonten bei verschiedenen Gesprächen die Notwendigkeit einer italienisch-ungarischen Zusammenarbeit⁵. Gleichzeitig erteilte Italien seine Zustimmung zur Ernennung des Grafen Albert Nemes zum „De-Facto“ Vertreter der ungarischen Regierung beim Quirinal. Die diplomatische Aktion, die Graf Nemes gleich nach seiner Ankunft in Rom einleitete, war für Ungarn von entscheidender Bedeutung, denn am 12. Februar 1920 hatte die ungarische Friedensdelegation ihre Gegenvorschläge in Paris vorgelegt und brauchte dringend Italiens Unterstützung. Obwohl man in Rom abermals betonte, „daß man enge Zusammenarbeit mit Ungarn wünsche und die gegenseitigen Interessen intime Be-

3 Papers and documents relating to the Foreign Relations of Hungary. Vol. 1. — Budapest 1939. (Weiterhin zitiert als FRH, 1) No. 142, 269/res.pol. (Teleki to Somssich. Neuilly, 23. 2. 1920).

4 Romanelli, Guido: Nell' Ungheria di Bela Kun e durante l'occupazione militare romana. — Udine: Deretti 1964.

5 FRH, 1. Nr. 65. 4203/pol. (Memorandum of Mr. Ambró, Sec. of Legation, about his conversation with the Commissioner of Italy in Budapest, Cerruti. Budapest, 29. XII. 1919).

FRH, 1. Nr. 103. 545/pol. (Somssich to Praznovszky. Budapest. 29. 1. 1920).

ziehungen zwischen beiden Staaten erforderten“⁶, zeigten sich doch bald Schwierigkeiten. Italiens enge Bindung an Rumänien war der Grund. Schon seit 1914 gab es enge italienisch-rumänische Kontakte, die sich 1919 noch verdichtet hatten. Orlando unterstützte Rumäniens Ansprüche auf Siebenbürgen, da sich diese auf das 1916 zwischen Rumänien und den Alliierten geschlossene Bündnis stützten, das nach Form und Inhalt dem Londoner Pakt Italiens analog war. Wurde die Gültigkeit und Wirksamkeit des Vertrages mit Rumänien anerkannt, so war damit ein unanfechtbarer Präzedenzfall zugunsten der Anwendung des Londoner Pakts geschaffen; gleichzeitig konnte man sich dadurch das rumänische Interesse gegenüber den Jugoslawen zunutze machen⁷. Aber trotz dieser Schwierigkeiten war Italiens Ministerpräsident Francesco Nitti bereit, Ungarns Forderungen in Paris zu unterstützen. Der Generalsekretär der ungarischen Friedensdelegation, Praznovszky, berichtete darüber am 7. März 1920: „Wir haben nunmehr authentische Nachricht, daß Nitti in London zugunsten einer Revision der ungarischen Friedensbedingungen gesprochen hat, und es scheint, daß die englische Haltung nicht ungünstig ist. Es wäre von größter Bedeutung, wenn man die italienische Regierung dazu brächte, ihre Bemühungen in dieser Richtung fortzusetzen. Wenn einer oder zwei der Hauptalliierten sich die ungarische Sache zu eigen machen, so besteht eine leichte Hoffnung auf eine Besserung der Friedensbedingungen.“⁸ Allerdings zeigte sich bald, daß Praznovszky die Lage viel zu optimistisch beurteilt hatte. Nitti erreichte in London nicht mehr, als daß man über die ungarischen Gegenvorschläge diskutierte⁹. Vergeblich versuchte Nemes, Rom zu einem gegenseitigen Hilfeabkommen zu gewinnen. Um Italiens Bedenken bezüglich seines Verbündeten Rumänien zu zerstreuen, war man bereit, einen hohen Preis zu bezahlen: Budapest erklärte sich bereit, gute Beziehungen zu Bukarest anzuknüpfen und auf Siebenbürgen zu verzichten. Man brauchte Italiens massive Hilfe, da man in jenen Tagen mit dem Gedanken spielte, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, wenn die ungarischen Gegenvorschläge vom 12. Februar verworfen werden würden¹⁰. Eine Situation, die tatsächlich kurz darauf eintrat, denn schon wenige Tage später, am 13. März, mußte Nemes berichten: „Nach Meldungen aus London hat der Oberste Rat beschlossen, den Friedensvertrag mit Ungarn nicht abzuändern. Nitti hat an Scialoja¹¹ Weisung gegeben, die ungarischen Ansprüche weiter gegen Tschechen und Jugoslawen zu unterstützen. Rumänien gegenüber ist Italien durch gewisse Verpflichtungen gebunden.“¹² In Budapest war man verzweifelt, man überlegte, ob man es riskieren könnte, den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Außenminister Somssich ersuchte seinen Vertreter in Rom, über die Möglichkeit einer solchen Weigerung zu sondieren und eventuell Italiens Unterstützung dafür zu erlangen. In dem Schreiben hieß es unter anderem:

Natürlich würden wir damit einer Entscheidung von großer Tragweite ge-

6 FRH, I. Nr. 155. 1274/pol. (Nemes to Somssich. Rom, 2. 1920).

7 Vgl. Mosca, Rodolfo: Rom-Budapest 1918—1921. In: Berliner Monatshefte. 17. Jg. (1939). Seite 527 f.

8 FRH, I. Nr. 173 1358/pol. (Praznovszky to Somssich. Neuilly, 7. 3. 1920).

9 FRH, I. Nr. 177 1436/pol. (Nemes to Somssich. Rom, 9. 3. 1920).

10 Vgl. Mosca: a.a.O. Seite 534.

11 Vittorio Scialoja. Italiens Außenminister im Kabinett Nitti (23. 6. 1919—9. 6. 1920).

12 FRH, I. Nr. 186. 1559/pol. (Nemes to Somssich. Rom, 13. 3. 1920).

genüberstehen, da unsere Weigerung, den Vertrag zu unterzeichnen, katastrophale Folgen für uns haben kann. Es wäre daher von größtem Interesse, authentische Informationen darüber zu erhalten, was die Hauptalliierten, im Falle unserer Weigerung zu unterzeichnen, selbst unternehmen würden. Vielleicht könnte man durch Cerruti oder Nemes die italienische Regierung um sehr vertrauliche Aufklärung bitten, ob in diesem Fall Tschechen, Rumänen und Serben ermächtigt sein würden, Ungarn zu besetzen, bzw. ob zu befürchten steht, daß sie dies ohne eine derartige Ermächtigung tun würden.“¹³ Die Antwort, die Graf Nemes von Carlo Graf Sforza, Staatssekretär im Italienischen Außenministerium, erhielt, ließ wenig Hoffnungen: Zwar würde sich Italien im Alliierten Rat jeder militärischen Aktion gegen Ungarn widersetzen, doch wäre eine Besetzung Ungarns durch seine Nachbarn auch ohne Ermächtigung der Großmächte möglich. Sforza beurteilte die Lage als gefährlich und riet Ungarn zum Einlenken. Er versprach aber, daß Außenminister Scialoja, den Weisungen Nittis gemäß, nochmals versuchen werde, eine Prüfung und Abänderung der Friedensbedingungen für Ungarn zu erreichen¹⁴.

Aber schon tauchten neue Schwierigkeiten auf, die bald Roms weitere Hilfestellung für Ungarn unmöglich machten. Rumänien protestierte beim Quirinal und auch Staatskanzler Renner äußerte Bedenken anlässlich seines Besuches in Rom zu Ostern 1920. Hatte Budapest gehofft, daß Italien die Gelegenheit nützen werde, um in der Burgenlandfrage auf Österreich in seinem Sinne einzuwirken, so sah es sich bald enttäuscht. Italien wollte gute Beziehungen zu Wien, um es ja nicht Prag in die Hände zu treiben, denn trotz Widerstandes eines Teiles der tschechischen Öffentlichkeit, der Österreich noch immer feindlich gesinnt war, war es Benesch gelungen, freundschaftliche Kontakte zu Wien zu knüpfen. Deutlich hatte sich dies gezeigt, als Renner im Jänner 1920, also nur wenige Monate vor seinem Rombesuch, in Prag weilte und offen von einer österreichisch-tschechischen Zusammenarbeit gesprochen wurde. Außerdem konnte Rom angesichts seiner eigenen starren Haltung in der Südtirolfrage Österreich schwer den Verzicht auf das Burgenland nahelegen, das ihm durch denselben Friedensvertrag zugesprochen war¹⁵. Das Argument, daß durch ein Nachgeben in der westungarischen Frage das gesamte Friedenswerk von Paris in Frage gestellt wäre, sollte letztlich Nittis endgültiges Umschwenken herbeiführen. Dazu kam, daß Nittis proungarischer Kurs zunehmender Kritik in der italienischen Öffentlichkeit ausgesetzt war. Während die Rechtsparteien Ungarn wegen seiner Rückkehr zur Monarchie und einer möglichen Habsburgerrestauration mißtrauten, wandten sich die Sozialisten, die neben der Katholischen Volkspartei (Partito Popolare Italiano) die zweite Stütze der Regierung bildeten, energisch gegen eine Annäherung an einen Staat in dem der „weiße Terror“ Sozialisten und Gewerkschaften verfolgte. Da Nitti auch im Außenministerium steigender Gegnerschaft, so auch von seiten Sforzas selbst, begegnete, gab Nitti allmählich den proungarischen Kurs auf¹⁶. Im April 1920 mußte Budapest sehen, daß es kaum mehr mit wirksamer Hilfe Italiens rechnen konnte. Für

13 FRH, 1. Nr. 184. 1498/pol. (Somssich to Nemes. Budapest, 13. 3. 1920).

14 FRH, 1. Nr. 192. 1607/pol. (Nemes to Somssich. Rom, 16. 3. 1920).

15 FRH, 1. Nr. 238. 2455/pol. (Nemes to Teleki. Rom, 21. 4. 1920).

16 FRH, 1. Nr. 215. 2333/pol. (Nemes to Simonyi-Semadam. Rom, 11. 4. 1920).

Ungarn war es auch tragisch, daß in Rom gerade der Mann, in dessen Händen die ungarisch-italienischen Fäden zusammenliefen, Graf Sforza, ein Gegner Ungarns war¹⁷. Dies zeigte sich dann deutlich, als im Juni 1920 statt Nittis wieder der seit Mai 1915 ausgeschaltete Giovanni Giolitti an die Regierung gelangte und Sforza das Amt des Außenministers bekam. Er schwenkte sofort in eine Politik der Verständigung mit Jugoslawien ein, und am 12. Nov. 1920 wurde zwischen Belgrad und Rom in Rapallo ein Vertrag unterzeichnet, der die Grenzen im adriatischen Raum regelte. Diesem Vertrag war eine Geheimklausel angeschlossen, die bald unter dem Titel „Habsburgische Konvention“ durchsickerte und die nichts weniger besagte, als daß sich beide vertragsschließenden Regierungen verpflichten, genauestens über die in Saint-Germain und Trianon unterzeichneten Verträge zu wachen und eine Wiedereinsetzung des Hauses Habsburg in Österreich oder Ungarn mit allen Mitteln zu verhindern¹⁸. Damit hatten die italienisch-ungarischen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht und erst ein Jahr später sollte es zu einer neuen Blüte kommen, die dann bekanntlich Ungarn Ödenburg bringen sollte.

Auch mit Frankreich begannen zur Jahreswende 1919/20 Geheimgespräche. Dieses Land genoß in Ungarn schon lange große Sympathien und auch in Frankreich waren einflußreiche Kreise, meist aus dem konservativen und royalistischen Lager, unterstützt von der Schwerindustrie mit der Idee hervorgetreten, Ungarn zum Mittelpunkt einer Donauföderation zu machen¹⁹. Die Schaffung einer Donauföderation und ihre Orientierung nach Paris sollte nicht nur wirtschaftliche Vorteile bringen, sondern zugleich ein politisches Gegengewicht gegenüber dem bolschewistischen Rußland, der Sowjetunion, als Teil des „cordon sanitaire“, und gegenüber Deutschland als Ersatz für den Verlust der russischen Partnerschaft Frankreichs sein. Mit Recht glaubte man in französischen Kreisen befürchten zu müssen, daß die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns mit ihren nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten bald unter deutschen Einfluß geraten würden. Das Beispiel Österreichs, an dessen selbständigen Fortbestand keiner recht glauben wollte und dessen Anschluß an Deutschland man gerade noch in Saint-Germain verhindern konnte, zeigte deutlich die Situation im Donaubecken. Es war bezeichnend, daß sich gerade Georges Maurice Paleologue, 1914–1917 französischer Botschafter in Petersburg und führender Mann in der französischen Ostpolitik, um die Donauföderation bemühte.

Den Anfang der ungarisch-französischen Gespräche machten verschiedene private Kontakte, von denen sich bald jene des ungarischen Rechtsanwaltes Károly Halmos mit hervorragenden Vertretern der französischen Industrie und Hochfinanz, wie Graf Armand de Saint-Sauveur, Direktor von Schneider-Creusot, oder Louis Loucher, Minister für Industriellen Wiederaufbau, besonders erfolgreich erwiesen. Das neue ungarische Regime, das eine ziemlich zerrüttete Wirtschaftssituation geerbt hatte, suchte nämlich diese durch Auslandskredite und enge Wirtschaftsbindungen an die Siegermächte zu konsolidieren. England und Frankreich waren gleichermaßen interessiert den ungarischen Markt zu erobern.

17 Vgl. Mosca: a.a.O. Seite

18 Maur, Gilbert in der: Jugoslawien einst und jetzt. 2. Bd. Seite

19 Wandycz, Piotr: France and her eastern allies 1919–1925. — Minneapolis 1962. Seite 187.

Um nun die englische Konkurrenz auszuschalten, waren die französischen Wirtschaftskreise bereit, ihren Einfluß zugunsten Budapests auch bei politischen und territorialen Fragen in die Waagschale zu werfen.

Zunächst schien die Sache jedoch riesigen Schwierigkeiten zu begegnen, denn Frankreichs Ministerpräsident, Georges Clemenceau, der eigentliche Schmied der Pariser Friedensverträge, war nicht gewillt, auch nur ein Jota von den Bestimmungen dieser Verträge abzuweichen. Da kam es im Jänner 1920 zum Sturz der Regierung Clemenceau. Die Wahlen in die französische Kammer am 16. November 1919 hatten einen überwältigenden Sieg der im „Bloc national“ vereinigten Rechts- und Mittelparteien ergeben, und als nun die Amtsperiode Poincarés zu Ende ging, wählte diese Mehrheit am 17. Jänner 1920 nicht Clemenceau, sondern Deschanel zum Präsidenten der Republik. Die Leitung der Regierung sowie das Außenamt übernahm der ungarnfremde Alexander Millerand.

Und noch ein zweites Ereignis schien Ungarn ungeahnte Möglichkeiten zu eröffnen: der polnisch-sowjetische Krieg. Die Regelung des Friedensvertrages von Versailles hatte die polnische Grenze im Osten nicht berührt. Im Dezember 1919 empfahl der Oberste Rat der Alliierten eine von Lord Curzon vorgeschlagene Ostgrenze, die Polen aber nicht anerkannte. Als sich die russisch-polnischen Verhandlungen über eine weiter im Osten verlaufende Grenze zerschlugen, kam es zur militärischen Kraftprobe. Polnische Verbände drangen in Weißrußland ein und gelangten im Jänner 1920 bis Dünaburg, Gomel und Kiew. Dieser Vorstoß löste eine erstaunliche Reaktion aus: eine Welle von Patriotismus erfaßte ganz Rußland, ohne Ansehen der Partei. Sogar der letzte Oberbefehlshaber des Zarenreiches, General Brussilow, erließ einen Aufruf an alle ehemaligen Offiziere, der sie aufforderte, sich der Roten Armee zum Kampf gegen die polnische Aggression zur Verfügung zu stellen. Vom Schwung nationaler Begeisterung getragen, gelang den russischen Truppen der Gegenschlag. Die Sowjets drangen tief nach Polen ein und erreichten unter dem General Tuchatschewski noch im Juli 1920 die östlichen Vorstädte Warschaus, im Süden Lemberg, im Norden die ostpreussische Grenze. Zum ersten Male stand die Rote Armee der neuen Sowjetmacht vor den Toren Mitteleuropas. Noch waren die letzten Friedensschlüsse in Paris nicht abgeschlossen, als den Alliierten alles Erreichte wieder gefährdet schien. Besonders Frankreich war schwer getroffen. Sein Schützling Nummer Eins, Polen, das man dringend brauchte um Deutschland Schach zu halten, schien dem Untergang nahe und Frankreich, das im Krieg noch 25 Bundesgenossen gehabt hatte, stand allein da, um Polen zu helfen. Die amerikanischen Truppen waren aus Europa zurückgezogen worden, Italien und Großbritannien zeigten sich an kriegerischen Unternehmungen nicht mehr interessiert, und selbst Frankreichs zweiter Schützling, die CSR, war wegen der Teschener Frage nicht geneigt, eine Allianz mit Polen einzugehen und sich an Aktionen gegen die Sowjetunion zu beteiligen.

Ungarn verfolgte diese Ereignisse genauestens und erkannte seine Chance, sich den Alliierten zu nähern und vielleicht sogar unentbehrlich zu machen. Schon im Jänner 1920, als nicht das geringste Zeichen eine polnische Katastrophe ahnen ließ, bot Budapest Polen seine Hilfe an, „denn“, so schrieb Außenminister

20 FRH, 1. Nr. 96. 453/pol. (Somssich to the Representative of the Hungarian Gov. Warsaw, Count Csekonic. Budapest, 26. 1. 1920).

Somssich an den ungarischen Vertreter in Warschau, „Polen kann unserer Sache einen großen Dienst erweisen, wenn es in Paris den Wunsch äußert, daß Ungarn an der geplanten Aktion gegen die bolschewistische Drohung teilnimmt. Ungarns aktive Teilnahme an einer Front gegen die drohende bolschewistische Gefahr wird sich als unerläßlich erweisen.“²⁰ Schon wenige Monate später war es dann auch so weit. Mit jedem Kilometer, den die sowjetischen Armeen tiefer Polen eindringen, erwies sich Ungarns Hilfe bei der Abwehr der Russen als notwendiger. Polen bat in Ungarn um Hilfe und bald kam es auch zu Verhandlungen über eine ungarische Kriegsbeteiligung zwischen dem französischen General Franchet d'Esperay und ungarischen Militärs, die später durch Foch und Weygand fortgesetzt wurden²¹.

Die Gespräche über die wirtschaftlichen und militärischen Kanäle brachten auch bald politische Verhandlungen in Gang. Für Ungarn war es dabei ein großes Glück, daß neben Außenminister Millerand gerade jener Mann, der in den Verhandlungen mit Ungarn federführend wurde, der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Georges Maurice Paléologue, absolut ungarnfreundlich war und in der Errichtung einer Donauföderation unter französischer Ägide mit dem Schwerpunkt Ungarn eines der Hauptziele seiner Außenpolitik sah.

Ungarn war zu weitgehenden Wirtschaftskonzessionen bereit, um Frankreichs politische Hilfe zu erlangen. Während es große Gebiete des Verkehrs- und Bankwesens französischen Interessengruppen überlassen wollte, werde die französische Regierung „die Berechtigung unserer politischen Ansprüche anerkennen“, wie Graf Imre Csáky aus Paris hoffnungsfroh meldete²². Und tatsächlich antwortete Paléologue, als Ungarn am 13. April 1920 am Quai d'Orsay ein Memorandum mit seinen Grenzforderungen überreichte, daß Frankreich Grenzänderungen in Erwägung ziehen werde²³.

Die Geheimverhandlungen der nächsten Monate brachten weitere Konzessionen von beiden Seiten. Frankreich versprach in der von Millerand am 6. Mai 1920 unterzeichneten Mantelnote (Lettre d'envoi) „seine guten Dienste“ bei Grenzkorrekturen, „um ethnische und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten der Friedensbestimmungen“ zu beseitigen²⁴. Allerdings verlangte man in Paris vorher die Unterzeichnung des Friedensvertrages, da schon besorgte Stimmen von seiten der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens laut wurden. In einem gemeinsamen Memorandum hatten nämlich diese drei Verbündeten Frankreichs erklärt, daß sie jede Änderung der im Jahre 1919 festgesetzten Grenzen als Verrat ansehen würden²⁵. Da auch, wie wir gehört haben, Italiens Hilfe zur selben Zeit zu Ende ging, unterzeichneten die Ungarn am 4. Juni 1920 im Schloß Grand Trianon in Versailles den Frieden.

21 Vgl. Schmidt-Wulffen, Wulf-Dieter: Deutschland-Ungarn 1918—1933. Diss. phil. Wien 1969. Seite 214.

22 FRH, 1. Nr. 226 000/res.pol. (Paléologue to the Hungarian Gov., Paris, 15. 4. 1920).

23 FRH, 1. Nr. 265 2849/pol. (Millerand to Apponyi. Paris, 6. 5. 1920)

FRH, 1. Nr.292. 115/res.pol. (Fouchet to Horthy. Budapest, 18. 5. 1920).

Mosca, Rodolfo: Le relazioni internazionali del Regno d'Ungheria. — Budapest: 1943. Seite 3 ff.

25 Vgl. Wandycz: a.a.O. Seite 189.

Interessant ist es, daß sich — wie Prinz Alfred Windischgraetz, der Vertraute Kaiser Karls, zu berichten weiß — auch der exilierte Herrscher in diese Verhandlungen einschaltete. Durch den Geschäftsmann Marc Henri und seinen Schwager, Prinz Sixtus von Bourbon, hatte Karl Verbindung zu Aristide Briand, einem der bedeutendsten französischen Staatsmänner. Er dürfte — so Windischgraetz — durch diese Verbindung wesentlich zu der für Ungarn positiven Haltung der Millerand'schen Mantelnote beigetragen haben²⁶.

Bis zur Unterzeichnung des Vertrages von Trianon war die Burgenlandfrage — natürlich abgesehen von den direkten österreichisch-ungarischen Verhandlungen — nie als Einzelproblem behandelt worden, sondern war ein Teil im Block der Friedensbestimmungen, die die Alliierten in Paris Ungarn auferlegt hatten. Jetzt aber, wo es um die Ratifizierung der einzelnen Teilbestimmungen ging, wurde das Burgenlandproblem isoliert zum Gegenstand heftigen Ringens.

Schon wenige Tage nach dem 4. Juni warf Ungarn, im Vertrauen auf Frankreichs Zusagen in der Mantelnote Millerands, die Frage der deutschwestungarischen Gebiete in Paris auf. Und Frankreich war bereit zu helfen. Als Signatarmacht des Friedens von Saint-Germain und Trianon war es zwar Frankreich nicht möglich, diese Verträge offen zu durchlöchern, doch sollten die oben erwähnten Grenzkorrekturen helfen, den ungarischen Wünschen zu entsprechen. So kam es dann auch auf französisches Betreiben am 20. 7. 1920, also zeitlich sehr bald nach der Unterzeichnung des Vertrages von Trianon, zu einer Note der Botschafterkonferenz an die österreichische Friedensdelegation, in der der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, daß die beiden unmittelbar an der westungarischen Frage interessierten Mächte sich in direkten Gesprächen über ihre zukünftige Staatsgrenze einigen möchten²⁷. Gleichzeitig versicherte der französische Diplomat Jules de Laroche den Ungarn, daß es eine Abtretung des Burgenlandes nicht erzwingen, ja sich mit allen Mitteln einer solchen Aktion vor der Ratifizierung des Vertrages von Trianon durch Ungarn widersetzen würde²⁸.

Wie dem deutschen Botschafter in Paris zu Ohren kam, sollte Frankreich sogar einer ungarischen Aktion gegen Österreich „grünes Licht“ gegeben haben. Das „rote Wien“ mit „seiner halbbolschewistischen Regierung“ sollte ausgeschaltet werden und Ungarn freie Hand im Burgenland erhalten²⁹. Frankreich sah sich zu all diesen Konzessionen gezwungen, da Anfang August die russischen Armeen Warschau erreichten und Polen am Rande einer totalen Niederlage stand; Paléologue war sogar bereit, notfalls die ČSR fallenzulassen, um Ungarns militärische Hilfe zu erlangen.

Zu diesem Zeitpunkt fiel der tschechischen Regierung die Kopie eines Vertrages in die Hände, der angeblich in Gödöll zwischen Frankreich und Ungarn abgeschlossen worden war³⁰. Während sich Frankreich in diesem Abkommen zur Unterstützung von Grenzrevisionen auf Kosten Österreichs und der ČSR bereit

26 Windischgraetz, Ludwig: Helden und Halunken. Seite 150.

27 Vgl. Guglia, Otto: Das Werden des Burgenlandes. — Eisenstadt 1961. Seite 39.

28 FRH, I. Nr. 405. 171/res.pol. (Csáky to Teleki. Versailles, 28. 6. 1920).

29 Geheimes Staatsarchiv München. MA 103.096. Bericht des deutschen Botschafters Paris. 14. 8. 1920. (Zit. nach Schmidt-Wulfen.)

30 Haus-, Hof- und Staatsarchiv (Wien). NPA, Fasz. 883 Liasse Ungarn III/1.

erklärte, verpflichtete sich Ungarn zu gewaltigen Gegenleistungen: Die Staatsbahnen sollten an eine französische Finanzgruppe verpachtet, 50 % der Aktien der Rüstungswerke Manfred Weiß in Raab und Csepel, sowie der Auftrag zum Ausbau des Budapester Freihafens, der zum größten Binnenhafen des gesamten Donauverkehrs ausgebaut werden sollte, sollten an Schneider-Creusot gegeben werden. Außerdem sollte Ungarn am Feldzug gegen die Sowjetunion teilnehmen und gegen Österreich militärisch vorgehen, falls dieses den Anschluß an Deutschland vollziehe, oder in Wien eine Räterepublik errichtet werde. Der „Vertrag von Gödöllő“ wirkte wie eine Bombe und veranlaßte die frankreichfreundlichen Nachfolgestaaten zu einem raschen Gegenzug. Außenminister Benesch fuhr nach Belgrad, und am 14. August, am Vorabend der Schlacht von Warschau, unterzeichneten die Außenminister Jugoslawiens und der Tschechoslowakei ein Verteidigungsbündnis gegen Ungarn und dessen revisionistische Aspirationen. Drei Tage später reiste Benesch nach Bukarest, um Rumänien ebenfalls zum Beitritt in die antiungarische Allianz zu bewegen. Wenn auch Rumänien der Allianz formell nicht beitrug und vorläufig nur mündliche Vereinbarungen getroffen wurden, wurde doch ein System geboren, das später nach dem ironischen Artikel „Apró Entente“ in der ungarischen Zeitung „Pesti Hirlap“ den Namen „Kleine Entente“ erhielt³¹.

Die „Kleine Entente“ war eine unerfreuliche Überraschung für Paris und wurde als unangenehme Antwort auf Paléologues Ostpolitik aufgenommen. Die gegen Paris gerichtete Spitze der drei Verbündeten wurde in weiten Kreisen der französischen Öffentlichkeit umso schärfer empfunden, als zur selben Zeit Gerüchte über Kontakte zwischen Horthy und Ludendorff auftauchten und geschickt von der tschechoslowakischen Propaganda hochgespielt wurden. Die großen Pariser Zeitungen, wie „L'Echo“ und „Le Petit Parisien“, begannen Paléologues Politik heftig zu kritisieren, und bald wurde seine Stellung im Außenministerium unhaltbar. Es war für Ungarn tragisch, daß Paléologue mit den meisten seiner Kollegen im Außenamt persönlich verfeindet war, und diese nun seine ungarische Politik zum Vorwand nahmen, um ihn zu stürzen³².

Die endgültige Wendung in der französischen Donauraumpolitik wurde aber durch ein anderes Ereignis hervorgerufen: General Weygand, dem Stabschef Fochs, war es gelungen, die polnische Armee zu reorganisieren, und eine Gegenoffensive unter Marschall Pilsudski brachte der sowjetischen Armee, die an Nachschubschwierigkeiten und Erschöpfung litt, eine vernichtende Niederlage bei. Dieses „Wunder an der Weichsel“ bannte die bolschewistische Gefahr schlagartig und Ungarns Hilfe wurde für Paris über Nacht unwichtig. Paléologue selbst leitete noch den Kurswechsel ein, denn für den Staatssekretär entfiel die Notwendigkeit, sich noch länger in die Schußlinie der Presse und seiner Gegner zu begeben. Doch er stürzte, und sein Nachfolger und Gegner Philippe Berthelot vollendete die Kehrtwendung der französischen Politik.

31 Vgl. Wandycz: a.a.O. Seite 193.
Pesti Hirlap. 26. 2. 1920.

32 Vgl. Toscano, Mario: L'accordo revisionista franco-ungherese del 1920. In: *Pagine di storia diplomatica contemporanea*. Bd. 1 Milano: 1963; Seite 425.

Mitte September fuhr Horthy persönlich nach Paris, um noch zu retten, was nach dem „Weichsel-Wunder“ noch zu retten war, also wenigstens das Burgenland, aber es war vergeblich³³.

Ungarn mußte Anfang Oktober 1920 erkennen, daß es mit seinen so hoffnungsfroh begonnenen Geheimverhandlungen mit den Siegermächten um eine Revision der Friedensverträge totalen Schiffbruch erlitten hatte. Nun begann man sich in Budapest einer Macht zu nähern, deren diplomatischen Vertreter man noch vor Monaten brüsk erklärt hatte: „Mit Euch können wir nicht mittun.“³⁴ — nämlich Deutschland. Der unmittelbare Grund für die Hinwendung zu Deutschland — starke Rechtskreise in Ungarn hatten einen solchen Kurs schon immer verfochten — war im Verlauf der österreichisch-ungarischen Verhandlungen bzw. in der österreichischen Innenpolitik zu suchen.

Die Entscheidung von Saint-Germain über Westungarn hatte in Ungarn, wie schon erwähnt, eine verheerende und ungeheure Wirkung. Verzweiflung und von Chauvinismus aufgestachelter Protest, der in dem fanatischen Ausruf „Nem, nem soha“ (Nein, nein, niemals!) kulminierte, beherrschten im Herbst 1919 die ungarische Szene. Selbst die Gemäßigten und Besonnenen in der ungarischen Regierung waren nicht geneigt, die Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz zur Kenntnis zu nehmen. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß, da die Konferenz mit Ungarn nicht verhandelt hatte, ihre Bestimmungen hinsichtlich dieses Gebietes keine Geltung hätten. Sie weigerten sich, im Glauben, daß es Ungarn möglich sein werde, der drohenden Abtretung Westungarns in seiner vollen Schwere doch noch entgegen zu können. So waren im Herbst 1919 die Fronten zwischen Wien und Budapest festgefahren, denn die Regierung Renner betrachtete den Vertrag von Saint-Germain als *res judicata* und war zu keinerlei Kompromissen bereit. Der Staatskanzler erklärte dies auch klipp und klar in einer Note an den ungarischen Gesandten in Wien, Gustav Gratz, vom 19. Februar 1920. Er schreibt:

„Der Friedensvertrag von Saint-Germain ist für uns die völkerrechtliche Grundlage unseres Staates, er ist von allen Mächten und von uns gezeichnet und so gehört Deutschwestungarn heute *de jure* schon uns, wenn auch dieses Recht noch nicht vollzogen ist. Über ein Land, das nach dem Völkerrecht uns gehört, können wir nicht verhandeln, wir können vor allem nicht gegen Wirtschaftszustände von vorübergehender Dauer und von disputablem Wert auf einen Teil unseres Volkes verzichten. Wir schreiben uns dadurch nicht das Recht zu, *inter pares* über ein Land zu verfügen, dessen Zugehörigkeit durch einen solennen, völkerrechtlichen Akt der Großmächte und fast der ganzen Welt bestimmt ist.“³⁵ Den Ungarn war es bald klar, daß in direkten Verhandlungen mit der österreichischen Regierung kaum etwas zu erreichen war, auch wenn man mit wirtschaftlichem Druck — besonders Wien war ja von ungarischen Lebensmittellieferungen weitgehend abhängig — drohte, oder zu zweifelhaften Konzessionen wie einer Volksabstimmung bereit war. Gratz ließ seine Regierung darüber nicht im Zweifel, denn, so schrieb er am 20. Jänner 1920 an Somssich, „Renner wird keinen Stein

33 Maur, Gilbert in der: Jugoslawien einst und jetzt. 2. Bd. Seite 353.

34 Haus-, Hof- und Staatsarchiv (Wien). NPA. Fasz. 883. Liasse Ungarn III/1. Bericht des österr. Gesandten Cnobloch. Budapest, 5. 8. 1920).

35 FRH, 1. Nr. 139. 1037/pol. (Renner to Gratz. Wien, 19. 2. 1920).

unbewegt lassen, um Westungarn für Österreich zu gewinnen, nach so vielen diplomatischen Niederlagen würde es ihm helfen, nach dem Anschluß Westungarns in der österreichischen Öffentlichkeit als „Mehrer des Reiches“ zu erscheinen.“³⁶ Nur ein Regimewechsel in Österreich schien Ungarn helfen zu können. So traf man sich mit österreichischen Kreisen konservativer und monarchistischer Richtung, die teils radikal antimarxistisch waren oder teils utopische Pläne einer konservativen Donauföderation von Bayern bis Ungarn verfolgten und aus diesen Gründen nach einem Sturz der „roten Regierung“ in Wien strebten. Gustav Gratz, in der Monarchie leitender Beamter im Außenministerium, dann Finanzminister im Kabinett Moritz Esterházy, während der Rätezeit führendes Mitglied des ungarischen gegenrevolutionären Komitees in Wien und selbst glühender Legitimist, hatte gute Verbindungen zu all diesen Kreisen. Bald nachdem er am 22. November 1919 den Posten des ungarischen Gesandten in Wien angetreten hatte, nahm er zu einer Geheimorganisation, in der sich unter dem Namen „Vereinigung für Ordnung und Recht“ bedeutende politische und militärische Persönlichkeiten der ehemaligen Monarchie zusammengefunen hatten, Kontakte auf. Im Januar 1920 kam man dann überein, daß Ungarn diese Organisation mit Geld und Material unterstützen sollte, während diese versprach, die Burgenlandfrage im friedlichen Einvernehmen mit der ungarischen Regierung zu lösen³⁷. Anfang März stießen zu diesen Gesprächen auch prominente Führer der Christlichsozialen Partei, nachdem schon im November 1919 der legitimistische Flügel der Christlichsozialen durch den Benediktinerpater Graf Galen mit Budapest Kontakte gesucht hatte und erklären ließ, auf Westungarn keinen Anspruch erheben zu wollen, wie die „Frankfurter Zeitung“ mit Berufung auf eine ungarische Meldung zu berichten wußte³⁸.

Den Höhepunkt dieser Gespräche bildete eine Verhandlung zwischen dem kommenden Mann der Christlichsozialen, Ignaz Seipel, und Graf Ottokar Czernin einerseits und den ungarischen Diplomaten Gustav Gratz und Konstantin Masirevich andererseits am 13. März 1920. Bei diesem Gespräch betonte Seipel, daß die Christlichsozialen die Übernahme der Regierungsgewalt als eine ihrer dringendsten Aufgaben betrachten, dazu jedoch die entsprechende bewaffnete Rückendeckung brauchten. Diese Aufgabe sollten die Heimwehren übernehmen, doch seien sie erst im Aufbau. Zu ihrer Aufrüstung ersuchte Seipel die ungarische Regierung um Überweisung von 50 Millionen Kronen. Die Überlassung dieser Summe machte Gratz von zwei Bedingungen abhängig: die Wende nach rechts müsse innerhalb kurzer Zeit erfolgen, und die neue christlichsoziale Regierung müßte die Burgenlandfrage mit Ungarn auf friedlichem Wege lösen. Die beiden österreichischen Unterhändler nahmen diese Bedingungen an und erklärten: „In der westungarischen Frage besteht die Bereitwilligkeit, auf die von Ungarn gewünschte Lösung einzugehen. Da jedoch ein förmlicher Verzicht Österreichs auf Westungarn derzeit Schwierigkeiten begegnet, müsse die Frage dilatorisch behandelt werden. Österreichischerseits wird die Verpflichtung übernommen, daß diese Frage nur im Einvernehmen mit Ungarn und mit der freien Zustimmung Ungarns gelöst werden wird, und Westungarn bis

36 FRH, I. Nr. 84. 5/res.pol. (Gratz to Somssich, Wien, 20. I. 1920).

37 Vgl. Kerekes, Lajos: Die „Weiße Allianz“. In: Österr. Osthefte. Jg. 1965. Seite 356.

38 Falk, Emmerich: Das Burgenland im Blickfeld tschechischer Großherrschaftspläne. — Stuttgart 1938. Seite 82.

dahin bei Ungarn belassen wird. Die Verhandlungen werden daher auch nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Trianon fortzusetzen sein, ohne daß eine Räumung des Gebietes verlangt würde und es werden auch österreichischerseits keine Schritte unternommen werden, damit die Räumung seitens der Entente gefordert, beziehungsweise beschleunigt werde. Die Verhandlungen werden dann in entsprechenden Intervallen so lange geführt werden, bis entweder eine Einigung oder ein freiwilliger Verzicht Österreichs auf Westungarn möglich sein wird.“³⁹

Im Sommer 1920 schloß sich auch die bayerische extreme Rechte der Zusammenarbeit der österreichischen und der ungarischen konservativen Kräfte an, ja in vieler Hinsicht war gerade sie das treibende Element des Zusammenschlusses gegen die Regierung Renner. Nach dem mißlungenen Kapp-Putsch am 13. März 1920 hatten die zur Flucht gezwungenen Rechtsradikalen Ludendorff, Ehrhardt, Max Bauer, Stephany, Pabst und der aus Ungarn stammende Trebitsch-Lincoln in München Schutz gefunden und Bayern zu einem Mittelpunkt des Rechtsextremismus gemacht. Hier entstand der abenteuerliche Plan eines konservativen süddeutschen Staates mit enger Zusammenarbeit des gegenrevolutionären Ungarns. Zur Verwirklichung dieses Unternehmens sollte in Österreich ein Putsch rechtsgerichteter Kreise, unterstützt durch Freikorps der „Orka“, „Orgesch“ und der „Brigade Ehrhardt“, sowie durch ungarische Einheiten, die Regierung Renner stürzen und ein konservatives Regime etablieren⁴⁰. In Zala-Egerszeg wurde für denselben Zweck eine Truppe aus ehemaligen österreichischen Offizieren aufgestellt⁴¹. Wie wir gehört haben, dürften die Ungarn sogar Frankreichs Zustimmung für ein solches Unternehmen erwirkt haben.

Da trat ein Ereignis ein, das solche Pläne zunächst einmal unnötig zu machen schien: Die Nationalratswahlen des Oktober 1920 brachten in Österreich eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien, und am 20. November 1920 wurde unter dem Innsbrucker Christlichsozialen Dr. Michael Mayr eine bürgerliche Regierung gebildet; die Sozialdemokraten gingen in die Opposition.

Noch während der langwierigen Verhandlungen über die neue Regierungsbildung begab sich ein prominenter Vertreter der Christlichsozialen Partei, der frühere Wiener Bürgermeister Dr. Richard Weisskirchner, der übrigens auch jenem Kreis der „Vereinigung für Ordnung und Recht“ angehörte, zu Verhandlungen nach Budapest. Die neue Regierung brauchte nämlich dringend Ungarns Hilfe in der angespannten Ernährungslage, die gerade jetzt alarmierende Formen angenommen hatte⁴². Weisskirchner erreichte auch tatsächlich die Bereitwilligkeit Ungarns zu einem Handelsvertrag, demgemäß zunächst 300 Waggon Mehl und dieselbe Menge Kartoffeln für die Ernährung von Wien abgegeben werden sollten,

39 Országos Levéltár (Staatsarchiv Budapest) Külügyminiszterium 1920—20—307 (Photokopie dieses Aktes im Bgld. Landesarchiv/Anschlußarchiv.)

40 Vgl. Kerekes, Lajos: a.a.O. Seite 358ff.

Gyula, Katalin: Die Westungarische Frage nach dem Ersten Weltkrieg. In: Österr. Osthefte 1966. Seite 97f.

41 Oedenburger Zeitung. 32. Jg. Nr. 125. 3. Juni 1920. Seite 1.

42 FRH, 1. Nr. 743. 422/res.pol. (Gratz to Csáky. Wien, 25. 10. 1920).

während die Christlichsoziale Partei ein direktes Abkommen über das Burgenland abzuschließen versprach. Weisskirchner griff dabei einen alten Plan auf, im Burgenland eine Volksabstimmung abzuhalten, von der er, Weisskirchner, „überzeugt ist, daß sie für Österreich ungünstig ausgehen würde.“⁴³ Der deutschen Minderheit in Westungarn sollten dann verschiedene Rechte zugestanden werden.

Um die Sache unauffällig einzuleiten, wurde von der ungarischen Regierung ein Plan westungarischer Abgeordneter folgenden Inhalts veröffentlicht:⁴⁴

„Um in letzter Stunde einen dauernden unseligen Zwist, der zwischen Ungarn und Österreich, zwischen dem ungarischen und deutschen Volk infolge der westungarischen Frage droht, vorzubeugen, und um es zu ermöglichen, daß Westungarn anstatt zu einem Keil zu einer Brücke zwischen den beiden durch Natur und Geschichte auf einander angewiesenen Völkern werde, schlagen wir bodenständigen Vertreter des durch die Friedensverträge Österreich zugesprochenen Gebietes von dem innigsten Wunsch durchdrungen, einen Ausweg zu finden, folgende Punkte als Basis für eine Verhandlung vor:

1. Das strittige Gebiet wird nicht an Österreich angeschlossen, vielmehr wird das gesamte deutsche ethnographische Gebiet Westungarns bei Wahrung der völkischen Rechte der Kroaten in der Form eines autonomen Komitats als integrierender Teil der St. Stephanskrone erhalten bleiben.
2. Um zu verhindern, daß durch diese politische Lösung Österreich einen insbesondere für seine Ernährungslage bedenklichen Ausfall erleide, soll durch gegenseitige Vereinbarung ein Weg gefunden werden, der die wirtschaftlichen Interessen Österreichs in diesem Gebiet gewährleistet.
3. Um etwaige strategische Bedenken Österreichs für Wien zu zerstreuen, soll die Besatzung des von diesem Gesichtspunkt Betracht kommenden Gebiets nur aus einheimischer Miliz bestehen.

Budapest, den 8. November 1920

Gez. Dr. Johannes Huber, Abgeordneter d. Bez. Neusiedl
Edmund Scholtz, Abgeordneter d. Bez. Mattersdorf
Franz Thomas, Abgeordneter d. Bez. Güssing
Mathes Nitsch, Abgeordneter d. Bez. Zinkendorf
Johann Sabel, Abgeordneter d. Bez. Eisenstadt

Mit diesem Memorandum begann die ungarische Regierung geschickt die deutschen Abgeordneten Westungarns für ihre Ziele einzuspinnen. Es sollte sozusagen durch die Vertreter des westungarischen Volkes sowohl der österreichischen Öffentlichkeit als auch im besonderen Maße den Alliierten Mächten der Wunsch vor Augen geführt werden, daß die Bevölkerung treu zu Ungarn stehe und auf keinen Fall an Österreich angeschlossen werden wolle. Eine breite Pressekampagne in den ungarischen Zeitungen, später auch in christlichsozialen Blättern Österreichs und einigen rechtsgerichteten Zeitungen Deutschlands begleiteten diese Politik.

43 FRH, 1. Nr. 756. 7446/pol. Memorandum of the Min. for Foreign Affairs, Csáky, about his conversation with Weisskirchner. Budapest, 28. 10. 1920).

44 Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes. Abt. II. Westungarische Frage. K 273.873 f. (Dsche. Gesandtschaft Budapest. 9. 11. 1920. Gez. Fürstenberg.) Weiterhin zit. als: ADAA. Ein Mikrofilm dieses Aktenbestandes befindet sich im Bgld. Landesarchiv.

Die westungarischen Abgeordneten, allen voran der aus Donnerskirchen stammende Dr. Johannes Huber, stellten sich dieser Aktion gerne zur Verfügung, denn sie waren als Angehörige des magyarisierten Klerus bzw. Intelligenz begeisterte Vertreter des ungarischen Staatsgedankens, und als christlich-soziale Politiker wenig geneigt, einer Angliederung an ein Land, in dem die „Roten“ noch immer große Macht besaßen, zuzustimmen. Außerdem hofften sie durch diesen Schritt endlich eine deutsche Kulturautonomie in Ungarn zu erlangen, für die sie schon seit 1918 kämpften. Und tatsächlich schien Budapest unter dem Damoklesschwert von Trianon sogar zu noch viel weitgehenderen Konzessionen bereit zu sein. So war neben weiten kulturellen und politischen Zugeständnissen auch von der Schaffung eines deutschen Bistums in Ödenburg⁴⁵ und der Entmilitarisierung des gesamten Autonomiegebietes die Rede, um jeden Magyarisierungsversuch unmöglich zu machen⁴⁶. Bald sollte es sich aber zeigen, daß die Magyaren, ebenso wie beim „Volksgesetz Nr. 6 vom 27. Januar 1919“ oder bei der „Verordnung 4044“ der Regierung Friedrich vom 21. August 1919 mit dem klingenden Namen „Über die unverzügliche Durchführung der Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten“, die beide nur auf dem Papier blieben, nicht ernstlich daran dachten, den Deutschen nationale Rechte zuzugestehen.

Auch kirchliche Kreise schalteten sich in die Verhandlungen um das Burgenland ein. Der greise Fürstprimas von Ungarn, Kardinal Johann Csernoch, der schon im Frühjahr 1920 über Kardinal Amette von Paris auf Frankreichs Politik zu Gunsten seines Vaterlandes Einfluß zu nehmen versucht hatte⁴⁷, unternahm in Wien ebenfalls Schritte, um vor allem katholische Kreise zu einem Verzicht auf das Burgenland zu bewegen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß sich auch der Vatikan um eine Einigung zwischen Österreich und Ungarn bemühte. Der päpstliche Nuntius in Budapest, Lorenzo Schioppa, ließ sich verschiedene Male von Huber über das Burgenlandproblem berichten⁴⁸.

In Wien gab es jedoch mit dem gegebenen Versprechen Schwierigkeiten. Man brauchte Ungarns Lebensmittellieferungen und wollte sich mit Budapest nicht verfeinden, um nicht die Möglichkeit einer österreichisch-ungarischen Konföderation zu verschütten, was als möglicher Ausweg aus dem durch den Zusammenbruch der Habsburgermonarchie entstandenen wirtschaftlichen Dilemma angesehen wurde. Es war aber klar, daß ein offensichtlicher Verzicht auf das Burgenland völlig unmöglich war. Eine solche Aktion war der österreichischen Öffentlichkeit nach all den harten Bestimmungen von Saint-Germain nicht zuzumuten, ganz abgesehen davon, daß die deutschnationalen Koalitionspartner sofort die Regierung gestürzt und selbst große Teile der Christlichsozialen diese Politik nicht gebilligt hätten. Bundeskanzler Mayr, der — wie aus einem Gespräch mit dem

45 Ein ähnlicher Gedanke war schon 1919 von Wien aus angeregt worden. Siehe: Rittsteuer, Josef: Kirche im Grenzraum. Seite 335f.

46 ADA.A.a.O.

47 Excerpts from the political diary of the Hungarian peace delegation (by Count Stephen Csáky). Seite 891.

48 ADA.A. Abt. II. Westungarische Frage. K 273.877 (Dtsche. Gesandtschaft Budapest. 15. 11. 1920. Gez. Thermann.)

deutschen Gesandten in Wien, Baron v. Rosenfeld, hervorgeht⁴⁹ — selbst gegen eine Überlassung des Burgenlandes an Ungarn war, begann nun eine gefährliche Politik zwischen „Scylla und Charybdis zu steuern“, wie die deutsche Gesandtschaft treffend bemerkte⁵⁰. Die österreichische Regierung und die Christlichsoziale Parteileitung spielten dabei ein Spiel mit verteilten Rollen. Während die meisten Regierungsmitglieder und Bundeskanzler Mayr die westungarische Frage im Parlament als *res judicata* bezeichneten, erklärten andere Parteipolitiker zur Schonung der ungarischen Empfindlichkeit die Abtretung Westungarns für einen „Gewaltakt der Entente“⁵¹ und nährten Ungarns Hoffnungen. Allerdings mußten auch sie den Ungarn erklären, daß ein zu schneller Verzicht auf das Burgenland den Sturz der bürgerlichen Regierungskoalition bringen würde, es sei denn, die Großdeutschen wären vom deutschnationalen Standpunkt aus für die „Hubersche Basis“ zu haben und würden keine Opposition leisten. Der den Großdeutschen nahestehende Sektionsrat Riedl, der Ende November 1920 anlässlich der Gespräche über einen Handelsvertrag in Budapest weilte, regte selbst dabei an, „daß Vertreter aller deutschvölkischen Gaue Ungarns bei den Großdeutschen in Wien ihren Standpunkt darlegen und am besten eine Einwirkung auf die Großdeutschen über Berlin erfolgen sollte.“⁵²

Den Ermutigungen der Österreicher folgend, schickte die ungarische Regierung noch in der ersten Dezemberwoche ihren Nationalitätenminister Jakob Bleyer und Johannes Huber zu Verhandlungen nach Wien, um auf die Christlichsozialen, besonders aber auf die Großdeutschen einzuwirken. Jakob Bleyer war ganz und gar vom Gedanken beherrscht, die Unversehrtheit Ungarns möglichst zu erhalten. Für ihn, den Bauernsohn aus der Batschka, war es ein Hauptziel, die 250.000 Deutschen Westungarns bei Ungarn zu behalten, um die übrigen verstreut in Ungarn lebenden Deutschen zu stärken und der drohenden Magyarisierung Einhalt gebieten zu können. Deutlich ging diese Sorge aus einem Brief an den bayrischen Landtagsabgeordneten Franz Xaver Zahnbrecher hervor, in dem er schrieb: „Würde die große deutsche Politik durch die Annahme des Danaergeschenktes Westungarn verhängnisvoll geschwächt werden, so wäre das Deutschtum in Restungarn einfach der Vernichtung preisgegeben. Denn auch, wenn Westungarn von Ungarn getrennt wird, so verbleiben noch immer mehr als eine halbe Million Deutsche in Ungarn, die als kleine, aber blühende deutsche Sprachinseln zwischen das Ungartum eingeklemt sind. Es ist geradezu selbstverständlich, daß nach einer Lostrennung des westungarischen Deutschtums der ungarische Nationalismus, der nach den vielen bitteren Erniedrigungen der letzten Jahre heller denn je lodert, das kleine Ungarn zu einem völkisch einheitlichen Nationalstaat um jeden Preis umzugestalten bestrebt sein wird. Es wird eine Magyarisierung des Deutschtums erfolgen, so gewaltig und mit solcher Entschlossenheit, wie sie die Geschichte

49 ADA. Abt. II. Westungarische Frage. K 273.876 (Dtsche. Gesandtschaft Wien. 11. 11. 1920. Gez. Rosenberg.)

50 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 273.923 (Dtsche. Gesandtschaft Wien. 4. 1. 1921. Gez. Schoen.)

51 a.a.O.

52 ADA. Abt. II. Westungar. Frage. K 273.883 (Dtsche. Gesandtschaft Budapest. 29. 11. 1920. Gez. Fürstenberg.)

der Magyarisierungspolitik nicht kennt. „⁵³ Mit ähnlicher Argumentation versuchten nun Bleyer und Huber den Großdeutschen in Wien die Verantwortung für das Gedeihen oder die Vernichtung des ungarländischen Deutschtums zuzuspielen und so zu einem Verzicht auf das Burgenland zu bewegen. Wie der deutsche Botschafter in Budapest, der durch seinen Konfidenten „Treu“⁵⁴ über alle Aktionen der ungardeutschen Führer ausgezeichnet informiert war, berichtete, waren die österreichischen Verhandlungspartner sehr beeindruckt von den Vorschlägen Bleyers, doch waren sie nach wie vor nicht zu einem Verzicht auf das Burgenland zu bewegen⁵⁵. Um den „moralischen Druck“ auf die Großdeutschen noch zu verstärken, beschlossen Bleyer und Huber, auch mit den großdeutschen Parteien Süddeutschlands in Verbindung zu treten, damit diese auf die österreichischen Gesinnungsgenossen, welche geistig wie materiell stark von Deutschland abhingen, entsprechend einwirken möchten. Auch hier argumentierte man in ähnlicher Weise wie in Wien, fügte aber noch hinzu, daß einer Verschärfung der Lage der Deutschen in Ungarn unweigerlich eine Verschlechterung der Beziehungen Berlin—Budapest folgen müßte. Würde es aber in Ungarn eine starke deutsche Bewegung geben, so könnte Budapest schon aus innenpolitischen Gründen nur einen prodeutschen Kurs gehen; mit der Frage Burgenland hinge also die politische Orientierung Ungarns für oder gegen das Deutsche Reich zusammen.

Da schon vorher vorsichtige Sondierungen in Rom und Paris ergeben hatten, daß die Alliierten Mächte nichts gegen direkte Abkommen zwischen Wien und Budapest hätten, jedoch in dieser Frage keinerlei Initiative ergreifen könnten⁵⁶, traten die Ungarn, wie schon oben kurz angedeutet, an Deutschland heran, eine Vermittlung in der westungarischen Frage zu übernehmen. Die Deutsche Reichsregierung, die beträchtliche politische Interessen sowohl in Österreich als auch in Ungarn hatte, sah sich in eine heikle Lage versetzt. Schon im November 1920 war dem deutschen Gesandten in Wien, Rosenberg, die vertrauliche Meldung hinterbracht worden, daß die österreichischen Christlichsozialen damit rechneten, schließlich doch bezüglich des Burgenlandes Zugeständnisse machen zu müssen. Sollten dann von großdeutscher oder sozialdemokratischer Seite Angriffe gegen die Regierung erfolgen, so sollte man sich darauf berufen, daß man unter dem Drucke Deutschlands gehandelt habe⁵⁷. Da auch Graf Fürstenberg, ein Freund Ungarns, aus Budapest zur Vorsicht mahnte, beschwor Rosenberg seine Regierung, sich unbedingt einer Vermittlung in der Burgenlandfrage zu enthalten. Er warnte abermals: „Trotz der unnachgiebigen Sprache des Bundeskanzlers im Nationalrat wären die Christlichsozialen an und für sich vermutlich ganz gerne bereit, sich mit der ungarischen Regierung über das Burgenland zu verständigen.

53 Durchschlag eines Briefes vom 19. 12. 1920 im Nachlaß Bleyer (Budapest). Zit. nach Schwind, Hedwig: Jakob Bleyer. — München 1960. Seite 84.

54 Anm.: Unter dem Decknamen „Treu“ oder „Treumund“ verbarg sich laut Mitteilung von Dr. Bernhard H. Zimmermann, Wien, der ungarländische Politiker Edmund Steinacker.

55 ADAA.Abt.II. Westungar. Frage. K 273.901 (Dtsche. Gesandtschaft Wien. 21. 12. 1920. Gez. Rosenberg.)

56 FRH, I. Nr. 801. 7788/pol. (Csáky to Gratz. Budapest, 16. 11. 1920)
FRH, I. Nr. 871. 8542/pol. (Praznovsky to Teleki. Paris, 15. 12. 1920).

57 ADAA.Abt.II. Westungar. Frage. K 273.881 (Dtsche. Gesandtschaft Wien. 27. 11. 1920. Gez. Rosenberg.)

Sie könnten dies aber nur dann wagen, wenn sich eine dritte Stelle fände, die ihnen das Odium abnimmt. Wir würden ihnen wahrscheinlich einen großen Gefallen tun, wenn wir uns hierzu entschlossen, dürften aber weder auf Diskretion noch auf Dankbarkeit rechnen. Im Gegenteil, es wäre mit Sicherheit vorzuziehen, daß die christlichsoziale Regierung, von der Opposition bedrängt, alle Schuld an dem angeblichen Volksverrat ohne Zögern auf uns abwälzen und so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würde: erstens sich selbst zu salvieren, zweitens dem Vertrauen auf Deutschland, dem Anschlußgedanken, Abbruch zu tun.“ Wenig später schrieb er: „Je sorgfältiger sich Deutschland jeder Einmischung enthält, desto weniger sollte Ungarn sich berechtigt fühlen, seinen Groll gerade an den Deutschen auszulassen. Selbst wenn jedoch das ungarländische Deutschtum vorübergehend stärker zu leiden hätte, so darf meines Erachtens nicht übersehen werden, daß das Reich nicht nur auf die deutschen Interessen in Ungarn, sondern auch auf die in Österreich Rücksicht zu nehmen hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir gerade die uns am treuesten ergebenden Elemente im deutschen Österreich schwer vor den Kopf stoßen und dem Anschlußgedanken einen gefährlichen Schlag versetzen würden, wenn wir den Österreichern zum Verzicht auf die Vereinigung mit den Stammesgenossen im Burgenland raten wollten.“⁵⁸ Das Berliner Außenamt befolgte den Rat seiner Repräsentanten in Wien und Budapest und entzog sich der Vermittlungsaktion zunächst mit dem Hinweis, daß es nur dann eine solche Aktion unternehmen könne, wenn auch Österreich Deutschland dazu ersuche.

Inzwischen gab es für Ungarn eine böse Überraschung: am 23. Dezember 1920 überreichte die Botschafterkonferenz dem ungarischen Vertreter in Paris, Praznovszky, eine Note, in der gemäß dem Vertrag von Trianon angeordnet wurde, das Burgenland an die Interalliierte Kommission in Ödenburg zu übergeben, die dann das Gebiet an Österreich weitergeben werde. Der eigenartige Übergabevorgang, diese ungewöhnliche Zwischenschaltung der Alliierten Mächte, ließ in Budapest sofort den Verdacht hochsteigen, daß diese Bestimmung auf österreichische Initiative zurückzuführen war, um die unangenehmen direkten Verhandlungen zu torpedieren⁵⁹ und eine direkte Konfrontation der beiden Nachbarn bei der Übergabe zu verhindern. Sondierungen in Paris bestätigten den Verdacht und der Leiter der Politischen Abteilung im Französischen Außenamt, Emanuel Peretti de la Rocca, verriet Praznovszky, daß die Österreicher in letzter Zeit drei Noten an die Alliierten geschickt hatten, um die Übergabe Westungarns voranzutreiben.

Der Grund für diese doppelböige Politik des Ballhausplatzes dürfte innerungarischen Ereignissen der Monate November und Dezember 1920 gelegen sein, die selbst die christlichsozialen Freunde Ungarns aufhorchen ließen. In Budapest war es magyarisch-chauvinistischen Kreisen gelungen, das Nationalitätenministerium zu beseitigen. In Westungarn häuften sich die Klagen über militärische Bedrückung besonders durch die Formationen des Oberst Anton Lejár und

58 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K. 273.901 (Dtsche. Gesandtschaft Wien. 21. 12. 1920. Gez. Rosenberg.)

ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K. 273.941. (Dtsche. Gesandtschaft Wien. 14. 1. 1921. Gez. Rosenberg.)

59 FRH, 1. Nr. 884. 8822/pol. (Teleki to Gratz. Budapest, 28. 12. 1920.)

die strenge Zensur und antiösterreichische Propaganda durch den neuen Regierungskommissär Graf Antal Sigray. Alle diese Anzeichen wiesen darauf hin, daß Ungarn weniger denn je an eine Autonomie der Deutschen Westungarns dachte und daß man Verhandlungen auf der „Huber'schen Basis“ kaum eingehen konnte.

In Budapest, wo man sich den größten Hoffnungen hingegeben hatte, war man über die Hinterhältigkeit Wiens bestürzt, und ein Entrüstungsturm entlud sich über Österreich. Die Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens vom Dezember wurde verweigert, ein Wirtschaftskrieg angedroht. Die Verhandlungen über Deutschwestungarn wurden abgebrochen und man erklärte, daß man erst die vermögensrechtlichen Verhandlungen über den ehemaligen gemeinsamen österreich-ungarischen Besitz abschließen müßte, was durch die komplizierte Materie praktisch eine Verschleppung der Burgenlandfrage um Monate bedeuten konnte⁶⁰.

Auch in Paris protestierte Praznovszky am 13. Jänner gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz, mit der Begründung, daß diese dem Geist des Friedens von Trianon zuwiderlaufe und insbesondere der in der Millerand'schen Mantelnote gegebenen Zusicherung keine Rechnung trage. Obwohl die Botschafterkonferenz die Begründung Ungarns als falsch zurückwies, erklärte sie sich in der Antwortnote vom 22. Jänner 1921 bereit, unmittelbare Besprechungen zwischen Wien und Budapest nicht zu hindern und deren Ergebnisse vor der endgültigen Ratifizierung des Vertrages von Trianon anzuerkennen. Die Alliierten Grenzkommissionen würden die zwischen den beiden Staaten getroffenen Abmachungen gutheißen⁶¹. So setzte sich das außenpolitisch isolierte Ungarn abermals an den Verhandlungstisch mit Österreich. Doch die Verhandlungen, die am 15. Februar in Wien begannen, zeigten sofort, welch riesige Kluft zwischen den Vorstellungen der beiden Nachbarstaaten bestand. Denn während Gratz, der am 17. Jänner 1921 zum ungarischen Außenminister ernannt worden war, nur zu geringen Abtretungen vor allem im Bereich Wr. Neustadt—Neufeld, zum Schutz des Zillingdorfer Kohlenbergwerks, bereit war, forderten die österreichischen Gesprächspartner das gesamte ihnen in Saint-Germain zugesprochene Gebiet und wollten höchstens über eine Abtretung von Zinkendorf (Nagycenk) und Rechnitz sprechen⁶². Die Verhandlungen stockten auch bald und mußten am 24. Februar ergebnislos vertagt werden. Als dann die Gespräche am 19. März in Budapest erneut aufgenommen wurden, mußte man wieder erkennen, daß beide Seiten kaum zu weiteren Konzessionen bereit waren als einen Monat zuvor, sodaß auch dieses Treffen kein Ergebnis brachte.

Während dieser ermüdenden Verhandlungen versuchten beide Parteien sowohl in Westungarn als auch in Berlin und Paris „politisches Kapital“ zu schlagen. In Westungarn selbst machte es die unkluge Politik der Magyaren den Österreichern leicht, die Stimmung der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Selbst in Kreisen, die vorher treu zu Ungarn gestanden waren, wuchs der proösterreichische Anschlußgedanke. Wie der deutsche Gesandte Budapest vertraulich erfuhr,

60 FRH, I. Nr. 894. 53.pol-1921. (Gratz to Mayr. Wien, 31. 12. 1920).

61 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.005 (Aufzeichnungen Berlin. 23. 2. 1921.)

62 a.a.O.

sollten sogar einige westungarische Abgeordnete geheim für Österreich arbeiten, „um bei etwaigen Grenzregulierungen gegen die Abgabe kroatischer Ortschaften möglichst viel deutsches Gebiet für Österreich zu retten“⁶³.

Aber trotz der für Ungarn immer ungünstiger werdenden Stimmung in Westungarn, waren vor allem Dr. Johannes Huber und der evangelische Pfarrer Scholtz bereit, noch einmal ihren Einfluß für Ungarn in die Waagschale zu werfen und Bleyer Anfang März 1920 bei seiner Agitationsreise durch Deutschland zu begleiten. In Budapest war man nämlich nach wie vor der Ansicht, daß der Weg nach Wien über Berlin und München ginge. Noch einmal wollte man über Deutschland Wien, vor allem aber die Großdeutschen beeinflussen, eine nachgiebigere Haltung gegenüber dem ungarischen Standpunkt in der Burgenlandfrage einzunehmen. Dieses Mal sollte die Delegation nicht nur mit großdeutschen Kreisen in Süddeutschland, sondern auch mit der Reichsregierung verhandeln und sie wenn möglich für eine Vermittlung gewinnen. Deutschland war jedoch nach wie vor nicht geneigt, seine zumindest offiziell neutrale Haltung aufzugeben. Man dürfte in Berlin zu der Ansicht gekommen sein, daß ein Anschluß des Burgenlandes an Österreich, das sich früher oder später an das Reich anschließen werde, auch den deutschen Interessen entsprechen würde. Gerade in jenen Tagen erlebte ja der Anschlußwille in Österreich einen Höhepunkt. So hatte Bleyers Mission keinerlei Erfolg. In Berlin gelang es ihm nicht, zum Reichskanzler oder Außenminister vorzudringen; ja er bekam nicht einen einzigen wichtigen Beamten der Wilhelmstraße zu Gesicht.

Während in Berlin der Versuch einer Annäherung der Standpunkte total scheiterte, hatten die Ungarn in Paris etwas mehr Erfolg. Praznovszky war es gelungen mit dem Argument, daß Österreich über kurz oder lang an Deutschland fallen werde und daß so die Angliederung Westungarns an Österreich nur noch eine weitere Stärkung Deutschlands bringen müßte, Frankreich wieder mehr auf Ungarns Seite zu ziehen⁶⁴. Paris, das mit steigendem Argwohn die seit 1920 zunehmenden Anschlußkündgebungen in Österreich betrachtete, mußte mit Besorgnis sehen, daß selbst Druck über die Kreditverhandlungen diese Umtriebe nicht dämpfen konnten. Am 24. April 1920 ergab eine Abstimmung in Tirol 90 % aller Stimmen für einen Anschluß des Landes an Deutschland. Wenig später wurde in Salzburg ein ähnliches Resultat erzielt und nur mit Mühe konnte eine Abstimmung mit demselben Ziel in der Steiermark verhindert werden. Ungarn versuchte natürlich, Frankreichs Besorgnis für sich auszunützen und noch mehr zu schüren. So berichtete der deutsche Gesandte Graf Fürstenberg, daß Ungarn „in der rein deutschen Ortschaft Wallern im Bezirk Neusiedl eine großdeutsche Demonstration veranstalten ließ, in der die deutschgesinnte Bevölkerung durch Agents provocateurs verleitet wurde, schwarz-weiß-rote Fahnen zu hissen“⁶⁵. Solche Ereignisse verfehlten — von der ungarischen Presse geschickt hochgespielt — tatsächlich nicht ihr Ziel.

63 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.020 (Dtische Gesandtschaft Budapest. 26. 2. 1921. Gez. Fürstenberg).

64 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.066 (Dtische Gesandtschaft Budapest. 14. 5. 1921. Gez. Fürstenberg).

65 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.094 (Dtische Gesandtschaft Budapest. 2. 6. 1921. Gez. Fürstenberg).

Aber nicht nur Ungarn versuchte die Anschlußfrage Österreichs an Deutschland auszunützen. Auch die Diplomaten der Kleinen Entente, besonders jene der Tschedoslowakei, versuchten in Paris Zustimmung für eine Neuauflage des „Korridorplanes“ zu erreichen. Sie argumentierten dabei dahingehend, daß das Burgenland bei einer Angliederung an Österreich nur Deutschland verstärken würde, werde es aber bei Ungarn belassen, so würde das gestärkte ungarländische Deutschland Ungarn zu einem Bundesgenossen des Reiches machen. Als Beweis für die Richtigkeit dieser These konnte man geschickt auf die von Bleyer inspirierten Artikel in ungarischen und deutschen Zeitungen hinweisen; so schienen Bleyers Bemühungen zuletzt noch zu einem Bumerang für Ungarn zu werden. Die Tschechen boten Paris als beste Lösung der leidlichen Burgenlandfrage abermals den „Slawischen Korridor“ an⁶⁶.

In Budapest wurden diese Pläne mit großer Besorgnis aufgenommen, da man wußte, welch großen Einfluß die Kleine Entente in Paris besaß und man erfuhr, daß verschiedene Entente-Diplomaten einer solchen Lösung positiv gegenüberstanden⁶⁷. Es dürfte dann auch der „Korridorplan“ gewesen sein, der Ungarn bewog, am 25. Mai 1921 in Wien die eingerosteten österreichisch-ungarischen Gespräche über das Burgenland wieder aufzunehmen. Diesmal zeigten sich die ungarischen Verhandlungspartner, Gratz und Graf Csáky, zu größeren Konzessionen bereit. Sie schlugen eine Teilung des umstrittenen Gebietes in — nach ihrer Auffassung — wirtschaftlich aktive und passive Gebiete vor. Die wirtschaftlich aktiven Gebiete, also große Teile im Norden des Landes, sollten an Österreich fallen, während die passiven Teile, der weit größte Teil des Gebietes, bei Ungarn belassen werden sollte, da er nur eine neue Belastung für Österreich bedeuten würde. Im übrigen wollte Ungarn Österreich weitere wirtschaftliche Vorteile konzedieren und den bei Ungarn verbleibenden Deutschen Freiheit der sprachlichen, nationalen und kulturellen Entwicklung gewährleisten. Doch Österreich konnte auf diese Vorschläge nicht eingehen. Der deutsche Gesandte v. Rosenberg berichtete darüber wie folgt: Diese Vorschläge fanden hier trotz des mehrfach ausgesprochenen Wunsches nach einer Verständigung nicht das von Ungarn erhoffte Echo. Zwar hätte der rechte Flügel der Christlichsozialen Partei ein Entgegenkommen gern gesehen, aber wie selbst ein alter k. u. k. Botschafter mir sagte, dürfte es kein österreichischer Minister wagen, auf den einzigen Vorteil zu verzichten, der sich für Österreich aus den Friedensverträgen ergibt. Noch schärfer sprach sich im vertraulichem Gespräch Bundespräsident Hainisch aus. Er meinte, daß, wenn der Bundeskanzler sich etwa nachgiebig zeigen sollte, er keine Stunde länger auf seinem Platze bleiben dürfe. Für die österreichische Regierung blieb in dieser Sachlage nichts übrig, als an den Standpunkt der *res judicata* festzuhalten. Es wird nun Sache der Mächte sein, die Frage im Wege der Vermittlung zu lösen.“⁶⁸

66 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.079 (Dtsche Gesandtschaft Budapest. 27. 5. 1921. Gez. Fürstenberg).

67 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.086 (Dtsche Gesandtschaft Budapest. 1. 6. 1921. Gez. Fürstenberg).

68 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.082 (Dtsche Gesandtschaft Wien. 29. 5. 1921. Gez. Rosenberg).

Und die Alliierten Mächte entschlossen sich, die Burgenlandfrage endgültig zu klären. Die erfolglosen Verhandlungen des Frühjahrs 1921 hatten ihnen nämlich gezeigt, daß ein friedliches Übereinkommen zwischen den beiden streitenden Parteien kaum mehr erwartet werden konnte und das Burgenland auch auf weitere Sicht ein Unruheherd in Mitteleuropa zu werden schien. Am 31. Mai entsandte die Botschafterkonferenz eine vom französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand unterzeichnete Note an Ungarn, in der in energischer Form die Anordnungen der Note vom 23. Dezember 1920 wiederholt wurden⁶⁹. Die Ratifikationsdebatte in der Französischen Abgeordnetenkammer und die Erhebung der 1920 in Ödenburg errichteten Interalliierten Militärkommission zu einer Generalkommission mit den Generälen Carlo Antonio Ferrario (Italien), Reginald Gorton (England) und Jules Camille Hamelin (Frankreich) ließen keinen Zweifel mehr darüber, daß Ungarn das Burgenland bald abtreten werde müssen.

Verzweifelt versuchte Ungarn noch einmal mit Österreich ins Gespräch zu kommen. Es erklärte sich bereit, das Burgenland abzutreten, wenn Österreich auf den südlichen Teil des Seewinkels und Ödenburg mit seiner Umgebung verzichte⁷⁰. Noch in der ersten Augushälfte, also bereits nach der Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon, wollten der ungarische Gesandte in Wien, Masirevich, und Gustav Gratz, der inzwischen im Zuge des ersten Restaurationsversuches König Karls sein Amt als Außenminister niedergelegt hatte, Wien Verhandlungen in Gang bringen, um wenigstens Ödenburg für Ungarn zu retten. Doch am Ballhausplatz war man, da die Botschafterkonferenz inzwischen am 26. Juli Österreich de jure die Souveränität über das Burgenland übertragen und die Übergabe des Landes für den 27. August festgelegt hatte, verständlicherweise für Verhandlungen nicht mehr zu haben.

Budapest hatte damit keinen Ausweg mehr, das Burgenland oder auch nur Teile davon auf normalem Verhandlungswege behalten zu können, und sah sich gezwungen, seinen letzten Trumpf auszuspielen: Als am 28. August — Ungarn hatte durch die Junktimierung der Burgenlandfrage mit der Räumung der Baranya durch Jugoslawien einen Aufschub des Termins erreicht — die österreichische Gendarmerie zur Übernahme des Landes schritt, stieß sie auf den heftigen Widerstand bewaffneter Freischärler. Nach blutigen Gefechten wurden die Österreicher gegen die alte Reichsgrenze zurückgedrängt.

Der Widerstand von Freischärlerformationen gegen eine Landnahme des Burgenlandes durch Österreich war von Ungarn schon von langer Hand vorbereitet worden. Schon am 1. Dezember 1920 schrieb der österreichische Gesandte in Paris, Johann Eichhoff, an den Präsidenten der Botschafterkonferenz, Jules Cambon, daß „ein gewisser Hauptmann Hejas, Hauptmann der Kavallerie, der bekanntlich mit Hilfe organisierter Offiziersgruppen eine eigene Politik treibt, geschworen hat, bewaffneten Widerstand in Westungarn zu organisieren. In gewissen Kreisen

69 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.101 (Dtsche Gesandtschaft Budapest. 5. 1921. Gez. Fürstenberg).

70 ADA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.105 (Dtsche Gesandtschaft Budapest. 16. 7. 1921. Gez. Fürstenberg).

abgerüsteter magyarischer Offiziere wird offen darüber gesprochen, daß man ohne harte Kämpfe das Burgenland unter keinen Umständen abtreten werde“⁷¹.

Als dann um die Jahreswende 1920/21 das „Doppelspiel“ der Regierung Mayr offenbar wurde, wurde der im Herbst 1920 etwas zurückgestellte Plan eines militärischen Handstreichs rechtsstehender Kräfte aus Österreich, Bayern und Ungarn wieder aufgenommen. Der ungarische Generalstab wollte zum Sturz der Regierung Mayr die bayrischen Freikorps der „Orka“ und „Brigade Ehrhardt“ mit eineinhalb Divisionen unterstützen, die gegen Wien und das niederösterreichische Industriegebiet eingesetzt werden sollten⁷². Das Protokoll der ungarischen Ministerratssitzung vom 1. August 1921 berichtet darüber: „Man trat mit den Christlichsozialen in Verbindung, um die Regierung Mayr zu stürzen. Die Verhandlungen dauerten lange und schienen die höchsten Möglichkeiten zu bieten, um so mehr als an der Spitze der Christlichsozialen Seipel stand, der zur friedlichen Vereinbarung neigte. Dann kam der Königsputsch dazwischen, und die Christlichsozialen konnten die Vereinbarung nicht einhalten, da sie jede Annäherung als reaktionäre Regierung gebrandmarkt hätte“⁷³.

Im April 1921 wurden die Pläne eines bewaffneten Widerstandes in Westungarn neuerlich von völlig unerwarteter Seite angeheizt. Graf Fürstenberg, der durch seinen Gewährsmann „Treu“ über jeden Schritt der Ungardeutschen genauestens informiert war, berichtet darüber am 24. April 1921: „Die Besprechungen, welche die westungarischen Abgeordneten Wien kürzlich mit Bundeskanzler Mayr gehabt haben, sind, wie nicht anders zu erwarten war, so gut wie ergebnislos verlaufen. Im Anschluß an die Wiener Besprechungen reisten die Herren in ihre Wahlkreise nach Westungarn, wo Bleyer folgenden Plan angeregt hat, den er mit Hilfe des seit der Osterreise König Karls „beurlaubten“ Obersten Lehár und im Einverständnis mit der ungarischen Regierung, der er seine Absichten vorgetragen hat, durchzuführen hofft: Da an der endgültigen Zuspredung des Burgenlandes an Österreich nicht mehr gezweifelt werden kann, soll bereits jetzt alles im Lande vorbereitet werden, um die Bevölkerung politisch so zu organisieren, daß bei den kommenden Landtagswahlen eine Majorität erzielt wird, die sich für die Rückkehr des Gebietes an Ungarn erklärt. Durch bewaffnete Einwohnerwehr, die nach Abzug der regulären ungarischen Truppen von Oberst Lehár mit Hilfe von Geldmitteln der ungarischen Regierung aufgestellt werden soll, ist die Besitzergreifung des Gebietes durch österreichische Behörden gewaltsam zu verhindern. Das Gebiet soll dann auf Grund eines Landtagsbeschlusses als ein einheitliches Komitat mit deutscher Autonomieverwaltung an Ungarn zurückfallen, an das die noch bei Ungarn verbliebenen deutschen Teile Westungarns angeschlossen werden würden.

Mit diesem Programm sollen sich Bethlen und Bánffy in einer gestern abgehaltenen, auf Anregung Bleyers einberufenen Sitzung einverstanden erklärt haben.

71 Almond, Nina / Lutz, Ralph: The Treaty of St. Germain.—Stanford 1935. Seite 436. (Baron Eichhoff an Jules Cambon, 1. 12. 1920).

72 Gulya, Katalin: a.a.O. Seite 97.

Soós, Katalin: Magyar-Bajor-Osztrák titkos tárgyalások és együtműködés 1920—1921. In: Acta Universitatis Szegediensis. Acta Historica 1967.

73 Országos Léveltár. Miniszterelnöki iratok. Mt. jkv. 1. Aug. 1921. (Zit. nach: Gyula Katalin: a.a.O. Seite 97)

Bleyer hat weiter angeregt, daß schon jetzt in Westungarn eine Liste solcher vertrauenswürdiger Männer aufgestellt werde, die im gegebenen Augenblick für Ungarn stimmen würden. Auf der anderen Seite hat auch Lehár bereits Besprechungen im Ministerpräsidium und im Honvédministerium gehabt, bei denen die notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung der militärischen Organisation der Bevölkerung besprochen worden sind ...“⁷⁴

So begann nun im Sommer 1921 der Aufmarsch zum Teil regulärer, zum Teil halbregulärer Verbände im westungarischen Raum. Bald zeigte es sich jedoch, daß die „Verteidigung ungarischen Bodens“ für viele dieser „Freischärler“ nur ein Vorwand war. Mit Schrecken erkannte man in Budapest, daß sich im westungarischen Raum im zunehmenden Maße legitimistische Verbände festzusetzen begannen. Verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, daß die „Karlisten“ um Oberst Anton Baron Lehár, den Bruder des weltberühmten Komponisten Franz Lehár, und Graf Antal Sigray den Boden für einen neuerlichen Restaurationsversuch des exilierten Herrschers vorbereiteten. Die „Freien Königswähler“ um Gömbös begannen Gegenzüge vorzubereiten.

So kam es, daß die westungarischen Abgeordneten in die Mühle des innerungarischen Ringens gerieten, und mit ihren Bestrebungen bald unter die Räder kamen. Schon im Juni 1921 wußte der deutsche Gesandte aus Budapest zu berichten, daß Bleyer sich enttäuscht von der Aktion abgewandt habe und nur mehr Huber dazu neige, die Bemühungen Graf Bánffys, in Westungarn Protestversammlungen gegen den Anschluß zu inszenieren, zu unterstützen⁷⁵. Huber hielt auch noch am 6. August 1921 im Ödenburger Kasino eine große Versammlung christlichsozialer Vertrauensmänner gegen den „österreichischen Kommunismus“ ab, doch auch bei ihm zeigte sich deutlich die Enttäuschung über die westungarische Politik Budapests. Später schrieb auch er an Bleyer: Die Madjaren sind in einem schweren Irrtum befangen, wenn sie glauben, das Burgenland zurückbekommen zu können. Das Land ist nicht nur territorial, sondern auch seelisch verloren. Das erste hat Paris getan, das letzte Budapest.“⁷⁶

Mit dem Rückzug der österreichischen Gendarmerie hinter die alte Grenze am 8. September war Österreich in eine beinahe ausweglose Situation geraten. Am 6. September richtete der Bundesrat einen Appell an den Völkerbund, dieser möge geeignete Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens und zur Achtung der durch die Pariser Verträge gewährleisteten Grenzen treffen. Vergeblich. Erst am 22. September richtete die Botschafterkonferenz, nach wiederholten österreichischen Protesten, ein Ultimatum an Ungarn, in dem sie die Räumung des Burgenlandes bis 4. Oktober forderte. Dieses Ultimatum war jedoch schon von vornherein unwirksam, da es das wichtigste und schwierigste Problem, die Bandenbewegung in Westungarn, nicht einmal erwähnte und nur ganz allgemein von der Räumung des Gebietes durch Ungarn sprach. Die Budapestener Regierung zog auch tatsächlich am

74 ADAA.Abt. II. Westungar. Frage. K 274.053 (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 24. 4. 1921. Gez. Fürstenberg).

75 ADAA.Abt.II. Westungar. Frage. K 274.098. (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 11. 6. 1921. Gez. Fürstenberg).

76 Brief Huber an Bleyer (23. 7. 1922). Zit. nach: Schwind, Hedwig: a.a.O. Seite 86.

3. Oktober alle ihre regulären Truppen aus dem Burgenland, auch aus der Zone B, und übergab es formell der Interalliierten Generalkommission. Doch diese, nun einzige ordentliche Regierungsgewalt im Lande, mußte mangels an Truppen und Exekutive tatenlos zusehen, wie die Freischärler nun alle Macht an sich rissen und am 4. Oktober in Oberwart den unabhängigen Staat „Lajta Banskág“ ausriefen. So konnte Ungarn den nackten Wortlaut des Ultimatums erfüllen, ohne daß sich etwas an der verfahrenen Situation in Westungarn geändert hätte. Auch andere diplomatische Schritte brachten Österreich wenig Erfolg. Die Unterstützung der Tschechen und Jugoslawen in Anspruch zu nehmen, schien gefährlich, da man befürchten mußte, daß diese das Land nicht mehr verlassen würden.

Auch Italien, das allmählich wieder zu seiner Donauraumpolitik des Frühlings 1920 zurückkehrte, betrachtete mit Besorgnis die neue Entwicklung in Westungarn. Rom ergriff die günstige Gelegenheit, das völlig isolierte Ungarn bei der Vertretung der eigenen, gegen Frankreich und die slawischen Staaten gerichteten Interessen zu unterstützen, um es an sich zu binden. Interessanterweise kam eine der ersten ungarfreundlichen Stimmen der italienischen Öffentlichkeit im April 1921 von Benito Mussolini, dem späteren Staatschef Italiens⁷⁷. Im Juni 1921 trat der italienische Gesandte in Budapest, Prinz Gaetano Castagneto-Caracciolo, mit dem Vermittlungsvorschlag hervor, das Burgenland zwischen Österreich und Ungarn zu teilen. Für seine Vermittlung suchte Rom Rückendeckung bei den übrigen Ententemächten und Frankreich war bereit, Italien das Mandat in der Westungarischen Frage zu überlassen. Frankreich brauchte nämlich Italiens Hilfe bei der Festlegung der deutschen Reparationen und in der Frage Oberschlesien, wo es bei seiner Unterstützung Polens bei der äußerst wichtigen Frage der dortigen Kohlenreviere die Interessen Englands kreuzte, das für Deutschland Partei nahm. Die Berliner Zeitung „Morgen“ wußte sogar von einem echten Interessenteilungsvertrag zwischen Frankreich und Italien, der im Juli 1921 Paris abgeschlossen worden sein soll, zu berichten; sie berief sich dabei auf eine unbedingt verlässliche Quelle⁷⁸.

Die tschechische Aktivität in Österreich, so die Hallstätter Zusammenkunft zwischen Hainisch und Masaryk sowie Schober und Benesch am 10. August und zwei Vermittlungsvorschläge Beneschs in Wien, spornten die Italiener an. Am 13. September erschien der neue italienische Außenminister und ehemalige Gesandte in Wien, Paolo Thomasi Marchese della Torretta, am Ballhausplatz. Er eröffnete dem österreichischen Bundeskanzler Johannes Schober, mit dem er übrigens persönlich befreundet war, daß die ungarische Regierung ihn gebeten habe, der Bundesregierung einen neuerlichen Vorschlag zur Bereinigung der Burgenlandfrage zu machen. Er bot seine guten Dienste zur Vermittlung der gegensätzlichen Standpunkte an. In den folgenden Verhandlungen schlug Ungarn vor, das ganze Burgenland zu räumen, sobald eine schriftliche Garantie Della Torrettas vorliege, daß Österreich bereit sei, Ödenburg samt seiner Umgebung an Ungarn abzutreten.

77 Csima, János: Olaszország szerepe a Horthy-hadsereg fegyverkezésében (1920—1941). In: *Hadtörténelmi Közlemények* Jg. 16 (1969) Seite 291.

78 Falk, Emmerich: a.a.O. Seite 90.

Einen beinahe gleichlautenden Vermittlungsvorschlag machte überraschenderweise auch Benesch bei seinem Treffen mit Schober in Hainburg am 23. September 1921. Benesch führte jedoch seine Vermittlung nicht mehr weiter, da es sich zeigte, daß die Entente, die allmählich mit einem stärkeren Druck auf Ungarn einsetzte, Italien die Regelung der ganzen Angelegenheit überlassen hatte.

Nachdem die Botschafterkonferenz dem italienischen Vermittlungsvorschlag zugestimmt und sich bereit erklärt hatte, die Abmachungen zwischen Wien und Budapest anzuerkennen, lud Marchese Della Torretta die österreichische und die ungarische Regierung für den 10. Oktober nach Venedig ein, um ein endgültiges Abkommen in der Burgenlandfrage herbeizuführen. Da am 7. Oktober auch die Vertreter Englands und Frankreichs in Wien ebenfalls rieten, die Verhandlungen in Venedig aufzunehmen, begab sich Schober am 10. Oktober in die Lagunenstadt.

Um diesen Schritt Schobers besser zu verstehen, sei hier ein Blick auf die innere Lage Österreichs in jenen Tagen geworfen, die der deutsche Militärattache in Wien, Kundt, wie folgt schilderte: „Die innere Lage Österreichs kann eine Belastung, wie sie durch die westungarische Frage in Verbindung mit dem Ausbleiben der Kredite entstanden ist, nicht mehr lange ertragen. Die wöchentliche Ausgabe neuer Banknoten hat die Höhe von 2 Milliarden erreicht. Die Teuerung wächst dem Sinken des Kronenkurses entsprechend ins Ungemessene und beträgt bei Brot allein infolge gleichzeitiger Beschränkung der staatlichen Zuschüsse über 3000% gegenüber dem Vormonat. Der wilde Streik der Eisenbahner und die Angriffe auf die Börse sind Zeichen der das ganze Volk erfassenden wachsenden Unzufriedenheit. Besonders beängstigend aber sind die Nachrichten, die über die Haltung und Stimmung der Wehrmacht einlaufen. Österreich hat zur Zeit mehr als ein Drittel seiner Wehrmacht im Wachdienst an der westungarischen Grenze stehen. Die Truppen werden durch die Ungarn durch falsche Alarme abwechselnd mit wirklichen Angriffen dauernd in Atem gehalten und müde gemacht. Ablösung kann nicht gestellt werden, da das zurückgelassene Militär zur Unterhaltung des Wachdienstes im Inland dringend benötigt wird und außerdem schon so ausgezehrt ist, daß nur die älteren verheirateten und die politisch nicht zuverlässigen kommunistischen Elemente zurückblieben. Der Wunsch nach Beendigung des Kriegszustandes ist daher an der Front sehr dringend, abgesehen davon, daß die Kosten des Unternehmens mit dem möglichen Gewinn kaum in Einklang gebracht werden können.“⁷⁹

Auch für Ungarn war die Situation in Westungarn brenzlich geworden, denn man begann, die Kontrolle über die Freischärlerbanden zu verlieren. Es kam bereits verschiedentlich zu Gefechten zwischen den „Karlisten“ und den Gömbös ergebenen Banden unter Hejjas. Verschiedene Meldungen ließen vermuten, daß ein neuer Rückkehrversuch König Karls unmittelbar bevorstünde und die Regierung erwog das Detachement Osztensburg, das man als Elitetruppe der „Karlisten“ ansah, nach Innerungarn abzukommandieren; tatsächlich verursachte diese Absicht der Regierung die überstürzte Rückkehr Karls nach Ödenburg. Es be-

79 ADA.Abt. II Westungar. Frage. K 274.240. (Deutsche Gesandtschaft Budapest. 24. 9. 1921. Gez. Kundt.)

stand die Gefahr, daß in Westungarn ein politisches Chaos, ja ein Krieg entstehen konnte. In Budapest war man also bestrebt, möglichst schnell die Burgenlandfrage zu lösen.

Am 11. Oktober begannen nun die Verhandlungen von Venedig unter dem Vorsitz Della Torrettas. Sie fanden im berühmten Palazzo Corner (Ca'Grande), einem der schönsten Paläste am Canale Grande, statt. Österreich war durch den Bundeskanzler und Leiter des Bundesministeriums für Äußeres, Johannes Schober, vertreten. Er wurde von Sektionschef Oppenheimer, Ministerialrat Duffek und dem österreichischen Gesandten in Rom, Kwiatkowski, begleitet, denen sich Wr. Neustadt General Ferrario, der Präsident der Interalliierten Generalkommission in Ödenburg, anschloß. Ferrario war von Della Torretta beauftragt worden, als militärischer Experte an den Besprechungen von Venedig teilzunehmen. Ungarn repräsentierten Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen, Außenminister Graf Nikolaus Bánffy, Graf Khuen-Hedervary und Graf Nemes. Mit ihnen war auch der italienische Gesandte in Budapest, Prinz Castagnetto, dessen Bemühungen maßgebend zum Zustandekommen der Venediger Verhandlungen geführt hatten, gekommen.

Schon zu Beginn der aufreibenden Verhandlungen zeigte sich, daß Ungarn unverrückbar an der Gewinnung Ödenburgs bestand und dabei Italiens Hilfe besaß. Della Torretta nahm offen für Ungarn Partei und verlangte von Österreich diesen Verzicht, indem er zugleich im Namen von England, Frankreich und Italien erklärte, daß die beim Völkerbund eingeleiteten Finanz- und Kreditverhandlungen zu Gunsten Österreichs auf große Schwierigkeiten stoßen würden, falls sich Schober weigern würde, einen solchen Vertrag zu unterzeichnen⁸⁰. Unter dem Druck dieser Drohung — das weitere Gedeihen von ganz Österreich hing von den Genfer Kreditverhandlungen ab — unterzeichnete Schober am Vormittag des 13. Oktober 1921 das „Protokoll betreffend die Regelung der westungarischen Frage“, nachdem es ihm noch gelungen war, für das Gebiet Ödenburg eine Volksabstimmung zu erreichen. Allerdings dürfte es sich bei der Zuerkennung der Volksabstimmung um ein Scheinzugeständnis gehandelt haben, da man wußte, daß es für die österreichische Regierung unmöglich wäre, ohne weiteres auf Ödenburg, die natürliche Hauptstadt des Burgenlandes, zu verzichten. Die Abstimmung sollte die österreichische Öffentlichkeit beruhigen und eine Ratifizierung des Venediger Vertrages im Wiener Parlament ermöglichen. Man scheint jedoch schon in Venedig nie an eine echte Volksabstimmung gedacht zu haben. General Ferrario, der, wie erwähnt, persönlich an den Verhandlungen teilnahm, schrieb später in seinem Buch „Italia e Ungheria“, daß „die Bedingungen der Volksabstimmung einen unzweifelhaften Verzicht Österreichs bedeuteten, einen Verzicht, der durch einen legalen Akt verschleiert werden sollte“⁸¹. Das Plebiszit brachte dann auch einen wenn auch knappen Sieg Ungarns.

80 ADA.Abt. II. Westungar. Frage. K 274.310 (Deutsche Gesandtschaft Rom. 18. 10. 1921. Bericht des österr. Gesandten in Rom Kwiatkowski.).

81 Ferrario, Carlo Antonio: Italia e Ungheria. — Milano 1926. Seite 301. (. Le condizioni di questo plebiscito erano tali da rivelare una indubbia rinuncia dell'Austria, rinuncia che voleva essere larvata da un atto legale.)

Im „Venediger Protokoll“ verpflichtete sich Ungarn, das gesamte umstrittene Gebiet von den Banden zu säubern und für eine ordnungsgemäße Übergabe an Österreich zu sorgen, wogegen Österreich, wie erwähnt, in eine Volksabstimmung in der Stadt Ödenburg und in 8 benachbarten Landgemeinden (Kroisbach, Agendorf, Harkau, Kolnhof, Zinkendorf, Wandorf, Wolfs und Holling) einwilligte⁸². Die Volksabstimmung sollte 8 Tage nach vollständiger Pazifizierung des Landes abgehalten werden. Auch dieser Punkt zeigt deutlich, daß man an keine echte Volksabstimmung in Ödenburg dachte. In 8 Tagen konnten die österreichischen Abstimmungskommissäre kaum die Listen der Abstimmungsberechtigten kontrollieren, geschweige denn wirksame Maßnahmen gegen den Terror und die Machinationen der ungarischen Verwaltung setzen; die ungarische Exekutive konnte bis zur Abstimmung ungestört schalten und walten.

In weiteren Punkten versprach Ungarn Ersatz für die durch die Verzögerung der Übergabe des Burgenlandes erwachsenen Schäden und Österreich verpflichtete sich, Burgenländer, die sich für Ungarn eingesetzt hatten, zu amnestieren, sowie die im Lande verbleibenden Beamten nicht aus politischen Gründen zu entlassen. In einem Zusatzartikel verpflichtete sich die ungarische Regierung, auch nach einer Abstimmungsniederlage Österreichs diesem alle Erleichterungen für den Personen- und Warengrenzverkehr auf den Eisenbahnen, welche die Stadt und ihre Umgebung durchkreuzen, zuzusichern.

Wie man die Situation nach dem Venediger Abkommen in österreichischen Regierungskreisen beurteilte, zeigt eine vertrauliche Denkschrift, in der es heißt:

„ Die „Volksabstimmung“ in Ödenburg ist natürlich eine Komödie. Nach dem Vorschlag von Venedig sollen die Banden binnen 10 Tagen räumen, die Abstimmung soll binnen weiteren 8 Tagen stattfinden. Das ist nicht einmal Zeit genug, die Liste der Abstimmungsberechtigten herzustellen. Wichtiger ist noch, daß das ganze Gebiet unter magyarischem Terror steht, und nur wenige wagen werden für Österreich zu summen, geschweige denn für Österreich zu sprechen und zu agitieren. Das Entscheidende aber ist: Wenn die Abstimmung doch zu unseren Gunsten ausfiele, dann kriegen wir vom Burgenland gar nichts, dann brechen die Banden überall und verstärkt herein und niemand wird sie hinaustreiben. Jeder Mensch weiß, daß es Ungarn nicht interessiert, die wahre Meinung der Ödenburger Bevölkerung zu erfahren, sondern daß es Ödenburger haben will, ohne Rücksicht darauf, ob es den Ödenburgern recht ist oder nicht, und man würde eine Volksabstimmung gegen Ungarn geradezu als eine Verletzung des Paktes auffassen. Wichtig erscheint mir vor allem, daß wir uns, soweit es überhaupt möglich ist, dagegen schützen, daß die Banden nach erfolgter Abstimmung wieder in das Burgenland hereinbrechen. Räumen die Banden das Burgenland nicht, nun dann ist eben der Vertrag von seiten Ungarns nicht erfüllt und die diplomatische Situation hat sich sicherlich zu Ungunsten Ungarns verschoben. Die Ablehnung jedes Vergleiches würde ich geradezu für eine Katastrophe halten. Den gegenwärtigen Zustand halten weder wir, noch die Burgenländer aus.“⁸³

⁸² Text des Protokolls: Bundesgesetzblatt für die Rep. Österreich. Jg. 1922, 34. Stück. Ausgegeben am 15. März 1922.

Das Protokoll von Venedig wurde von der Botschafterkonferenz am 27. Oktober 1921 anerkannt. Wie müde die Großmächte der Burgenlandfrage bereits geworden waren, zeigt dabei die Tatsache, daß der britische Vertreter bei der Botschafterkonferenz den Abmachungen von Venedig nur dann zustimmen wollte, wenn keine britischen Truppen für die Kontrolle der Volksabstimmung herangezogen würden⁸⁴. Angesichts der Fülle der Probleme, die man in Paris noch zu lösen hatte, hatten die meisten Ententevertreter nur mehr den Wunsch, die Burgenlandfrage möglichst bald einem Ende zuzuführen.

Damit war, zumindest auf diplomatischer Ebene, das große Kapitel der Burgenlandfrage gelöst. Mit der Beendigung der Abstimmung von Ödenburg schied sie dann auch — zumindest für einige Zeit — aus den aktuellen Fragen der europäischen Politik.

Antike Motive in Sage und Brauchtum des Burgenlandes

Von Leopold Schmidt, Wien

Wenn man sich länger und intensiver mit den Volksüberlieferungen beschäftigt, die im Burgenland aufgezeichnet wurden, so kommt einem mit der Zeit stark zu Bewußtsein, daß hier sowohl in den Sagen wie auch in manchen Bräuchen Züge, Motive lebendig waren oder noch sind, welche am ehesten solchen entsprechen, die wir sonst aus der Mittelmeer-Antike kennen. Es haben sich auch in anderen Landschaften sowohl in Österreich wie in Süd- und Westdeutschland nicht wenige derartige Motive feststellen lassen. Die Dichte solcher antiker Motive zumal in den Sagen wechselt offenbar von Landschaft zu Landschaft. In Tirol sind verhältnismäßig viele derartige Motive aufgegriffen worden, deren Übereinstimmung mit solchen in antiken Mythen und Heroenerzählungen überraschend deutlich ist¹. Aber die Zahl der burgenländischen Sagen mit ähnlichen, antik anmutenden Motiven ist kaum geringer.

Die Tatsache an sich, daß ein älterer Grundbestand der Volkssagen im deutschsprachigen Bereich Motive aufweist, die sich zuerst in der Antike nachweisen lassen, ist der Forschung geläufig. Lutz Röhrich hat diese Erkenntnis kurz in dem Satz zusammengefaßt: „Eine ältere Gruppe von Sagen gehört ursprünglich schon der mittelmeeisch-antiken Welt an.“² An diese Erkenntnis,

83 ADA.Abt. II. Westungar. Frage. K 274.303 (Denkschrift, Wien 16. 10. 1921.) Die Denkschrift ist unsigniert. Der deutsche Botschafter vermerkt nur, daß sie von „christlichsozialer Seite“ stammt, doch geht aus dem Inhalt hervor, daß sie von einem führenden Mann der Regierungspartei stammt.

84 Vgl.: Wambaugh, Sarah: Plebiscites since the World War. Seite 280.

1 Anton v. Zingerle, Tirolensia. Innsbruck 1898. S. 136; Leopold Schmidt, Probleme der alpenländischen Sagenforschung (Carinthia I. Bd. 141, Klagenfurt 1951, S. 790 ff.); derselbe, Pygmalion in den Alpen (Antaios. Bd. XI, Stuttgart 1969, S. 209 ff.)

2 Lutz Röhrich, Sage (= Sammlung Metzler Bd. 55) Stuttgart 1966. S. 31 ff.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Burgenländische Heimatblätter](#)

Jahr/Year: 1970

Band/Volume: [32](#)

Autor(en)/Author(s): Schlag Gerald

Artikel/Article: [Zur Burgenlandfrage von Saint-Germain bis Venedig \(10. Sept. 1919 - 11. Okt. 1921\) 97-125](#)